

Aus dem Inhalt:

Das pangermanische Reich

Braune Rhetorik

Der Weg nach Bagdad

Prix: Fr. 1,50

Gegen den Pangermanismus

Hitler knebelt die Freiheit aller Deutschen

Die Abstimmungsfrage für das Hitlerplebiszit vom 10. April lautet: „Bist Du mit der am 13. März vollzogenen Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden?“

Die wenigen Worte dieser Frage enthalten einen ungeheuren Betrug, eine Geschichtsfälschung ersten Ranges. Wann ist denn Oesterreich vom Deutschen Reich getrennt worden, von welchem Deutschen Reich, wer hat es getrennt? Oesterreich war kein Saargebiet, kein Danzig!

Aber was verschlägt's! In Oesterreich wird eine Saarabstimmung veranstaltet, und nach der Abstimmung wird die Hitler-Jugend triumphieren: der Vertrag von Versailles hat dem Deutschen Reich Oesterreich entrissen und Hitler hat es ihm wiedergegeben.

Gegenüber diesem Plebiszit der anerkennenden Gewalt gibt es nur eine Antwort. So gut wie alle aufrichtigen Freunde der Demokratie und der Freiheit in Oesterreich vor der Annexion mit Ja für das Schuschniggplebiszit gestimmt hätten, so gut gibt es für sie in Deutschland und Oesterreich am 10. April nur eine Antwort: **Nein!**

So gut unsere Genossen an der Saar seiner Zeit dagegen gekämpft haben, dass das Gebiet unter den brutalen Militärstiefel der Hitlerdiktatur falle, so gut gibt es für jeden aufrechten Sozialdemokraten in Deutschland am 10. April nur eine Entscheidung, die Entscheidung gegen die Billigung eines Gewaltstreiches, der Millionen Deutsche der Despotie des preussischen Militarismus unterwirft, gibt es nur eine eindeutige Ablehnung.

So geht es heute in der Tschechoslowakei nicht um die Rechte der deutschen Minderheit, sondern um die Frage, ob weitere Millionen der Sklaverei der Despotie ausgeliefert werden sollen. *Denn die Freiheit ist ein höherer Wert als der Pangermanismus!*

Unter Schuschnigg, trotz Diktatur und Anhaltelager, war in Oesterreich noch ein freier Ausdruck der deutschen Persönlichkeit möglich — wo ist er in Deutschland?

Ein Blick auf die Tschechoslowakei, ihre deutschen Schulen, ihr politisches Leben, und das Urteil steht fest: gesichert durch die tschechische Staatsgewalt war Sudetendeutschland frei — niemand hat die Deutschen gehindert, ihre freie Persönlichkeit, ihre Gesinnung, ihr Deutschtum auszusprechen, zu fördern und zu pflegen, weiterzubilden und den Kindern zu vererben! Soll das alles nun hinweggelogen werden von einem macht- und

erobergierigen nationalistischen Rausch?

Nirgends ist der Deutsche unfreier, nirgends ist er geknebelt, nirgends ist er unfähiger, seine freie deutsche Persönlichkeit, die wahren kulturellen Werte des Deutschtums zu pflegen als in Deutschland, als in der Despotie Adolf Hitlers!

Dies Plebiszit eine Abstimmung für Deutschland, für das Deutschtum? Das ist eine ungeheuerliche Lüge: es ist eine Abstimmung für die Vergewaltigung der höchsten Werte der deutschen Kultur, es ist eine Abstimmung gegen die Deutschen.

Die Sache Adolf Hitlers ist nicht unsere Sache. Wir wollen keine deutsche Militärdiktatur über Europa. Wir wollen die Freiheit des deutschen Volkes wie die Freiheit aller Völker, wir wollen kein Herrschaftsverhältnis im Leben der Völker. Wir haben nichts zu tun mit den Eroberungsplänen des Dritten Reiches. Wir stellen uns gegen die Gewaltpolitik Hitlers, wir stellen uns gegen den nationalistischen Rausch, und darum sagen wir im Namen der Freiheit: — **NEIN!**

Göring

Der Übermut der Eroberer

Hitler veranstaltet in Oesterreich ein Plebiszit, Göring hat es in Wien mit einer Rede eingeleitet. So sprach er zu dem angeblich befreiten Volke:

„Viele Oesterreicher müssten von Rechts wegen unserer Rache unterliegen. Viele haben den Tod verdient.“

Wie, diese vielen, die den Tod verdient hätten, sind von den Truppen Hitlers „befreit“ worden? Man erwartet von ihnen, dass sie am 10. April hundertprozentig ihre Stimme für diese „Befreiung“ abgeben werden?

Nichts ist zerstörender für die Lüge dieses Plebiszits als diese unmenschliche, mörderische Rede von Göring. Nicht um zu befreien, zu morden sind sie gekommen! Zu morden alle, die sich gegen die Versklavung, gegen die Parteidiktatur der Hitler und Göring hervorragend gewehrt haben. Der Chef des deutschen Militarismus ist in das eroberte Land gekommen, um der eroberten Bevölkerung mit Tod und Terror zu drohen.

Göring hat den Prozess gegen Schuschnigg angekündigt, den Prozess wegen „Volksbetrugs“. Ein ungeheurerer Prozess ist selten veranstaltet worden! Der verantwortliche Staatsmann eines souveränen Staates schreibt eine Wahl aus, die anerkennende Gewalt setzt ihn gefangen und prozessiert ihn wegen einer souverä-

nen, rechtmässigen Regierungshandlung aus einer Zeit, in der sie in diesem Lande keinerlei Rechte hatte?

Es ist die Methode erobernder Barbaren, die die Führer unterlegener Völker einfach totschiessen.

Nicht nur die Führer! Der politische Rachemord tobt in Oesterreich unter dem Schutz von Görings Bajonetten, und Göring selbst hat es eingestanden.

Göring hat den antisemitischen Terror proklamiert:

„300 000 Juden leben in Wien. Der Jude weiss, dass er gehen muss. In vier Jahren werden keine Juden mehr da sein. Herr Keppler wird dafür sorgen.“

Diese 300 000 Juden werden expatriert und obendrein ausgeraubt werden. Görings Werkzeuge bereichern sich.

Das Land wird dem Vierjahresplan unterworfen. Es wird zum Glied in der deutschen Kriegsmaschine. Die Demokratien des Westens sehen zu. Sie sehen zu wie der Sturm gegen sie bis zum Letzten vorbereitet wird. Göring sprach weiter:

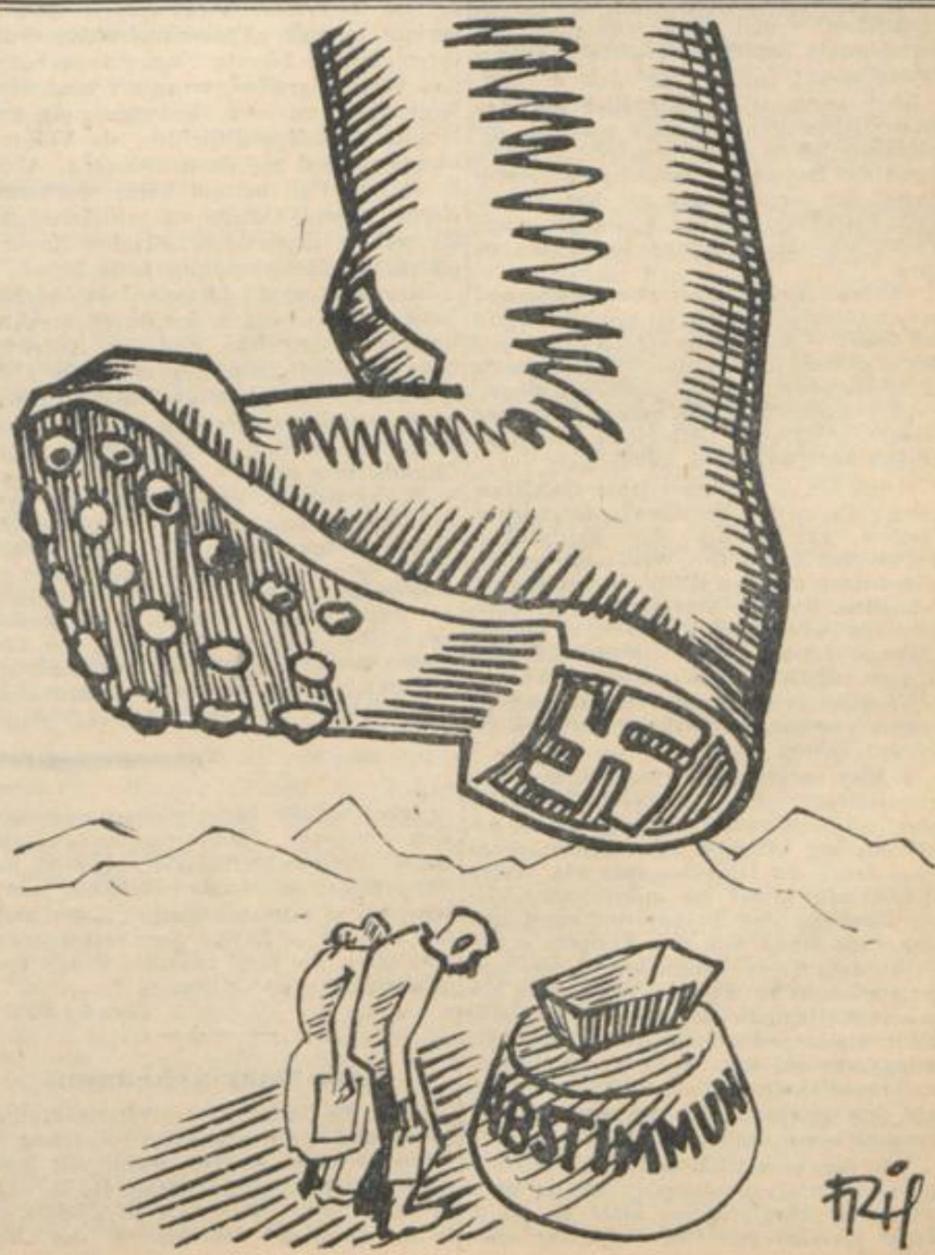
„Oesterreich ist das Bindeglied zwischen Deutschland und Italien. Es ist die gemeinsame Basis für den Krieg gegen die gemeinsamen Feinde der beiden Völker im Osten wie im Westen.“

„Das italienische Reich ist die Brücke nach dem an Rohstoffen reichen nahen Afrika und nach den grossen freien Ozeanen. Es ist die Seemacht Mitteleuropas im Mittelmeer. Zu Lande deckt es Flanke und Rücken einer mitteleuropäischen Front, die sich gegen den Westen richtet.“

Die Maske ist abgeworfen. Der Generalfeldmarschall des Dritten Reiches kündigt die Front des pangermanischen Deutschland gegen Frankreich an.

Diese Rede gehört zum ungeheuerlichsten, was die Männer des Dritten Reiches verkündet haben. Sie droht mit Mord, mit Völkervernichtung, mit Krieg.

Aber die Bedrohten sind blind. Sie wollen nicht sehen, sie wollen nicht hören. In Oesterreich rast der Mord. Der Westen zuckt mit den Achseln.



Mörder-Ehrung

Kränze auf das Grab Planettas

Man muss es den Nazi lassen: zu ihren Mördern stehen sie. Hitler nannte die Mörder von Potempa seine Kameraden, und kam hatte er die Macht ergriffen, so wurde auch schon das Grab der Rathenaumörder Fischer und Kern mit einem neuen Gedenkstein und einer amtlichen Feier geehrt. Es versteht sich also von selbst, dass eine der ersten Sorgen der siegreichen Nazi in Wien dem Grab jenes Planetta galt, der als Mörder des Bundeskanzlers Dollfuss gehängt worden ist. Im „Völkischen Beobachter“ hat man bereits ein Bild jenes feierlichen Aktes gesehen, bei dem der gehackte Kanzlermörder — wahrhaft würdig — mit dem Hitlergruss geehrt wurde.

Die Gerichtsverhandlung hat seinerzeit ergeben, dass der Mord an Dollfuss mit besonderer Roheit und Feigheit verübt wurde. Der Schuss wurde aus der unmittelbaren Nähe, aus einer Entfernung von etwa 10 cm., abgefeuert in einem Augenblick, in dem das wehrlose Opfer an einer versperrten Tür stand. Seine Gegner waren in zehnfacher Uebermacht, jedes Entrinnen war unmöglich. Als der Mörder sah oder zu sehen glaubte, dass ihm selbst nichts passieren konnte, schoss er. Es war echt nazistische Heldentat.

Während die Witwe des Ermordeten mit ihren Kindern flüchtend die Heimat verliess, nahm das Dritte Reich den Mörder in die Reihe seiner offiziellen Heiligen und Märtyrer auf. Wann wird Mussolini auf sein Grab einen Kranz in italienischen Farben legen?

Aber auch noch eine andere Frage erhebt sich: Wäre nicht auch für die Brandstifter recht, was für die Mörder billig ist? Wer schmückt das verlassene Grab des schon halb vergessenen van der Lubbe? Hat er es nicht auch verdient?

Eine Abstrafung

Genosse Theodor Dan schreibt uns:

In der „Deutschen Volkszeitung“ vom 27. März wiederholt Franz Dahlem die infame Verleumdung gegen mich, die die Stalinschen Gestapisten einem ihrer unglücklichen Opfer, dem Stalinschen Ex-Kommissar für Agrikultur, Tschernow, in den Mund hineingezwängt haben. Die Redaktion der „Volkszeitung“ nimmt ihrerseits den Artikel Dahlems zum Anlass, um dem „Neuen Vorwärts“ in Verbindung mit meiner „antibolschewistischen Verschwörerität“ und interventionistischen Konspiration mit Hitler bestimmte Fragen zu stellen.

Ich werde selbstverständlich den Lasken Stalins nicht die Ehre erweisen, die ich ihrem Herrn selbst verweigere. — mich gegen die infame Verleumdung zu „verteidigen“. Ich begnüge mich mit der nochmaligen Feststellung, dass ich den genannten Tschernow nie in meinem Leben gesehen habe.

Was aber meine interventionistische und verschwörerische Tätigkeit betrifft, so will ich schon — da ich nun einmal zum Leiter der „Aussenpolitik“ des PV und eurem „antibolschewistischen Sachverständigen“ erklärt werde (und die naiven Franzosen meinen noch: das Lächerliche lötet!) — einiges kurz feststellen, nämlich:

1. Ich bin der Urheber jener Gedankengänge, die in den Mittelpunkt der proletarischen Kriegspolitik die unerbittliche Feindschaft gegen den Weltfaschismus im allgemeinen und den Hitler-Faschismus insbesondere und die Verteidigung der Sowjetunion stellen und die zuerst in meinen „Kampf“-Artikeln, dann in gemeinsamen Thesen mit Otto Bauer und Zyromsky und schliesslich in den Thesen der Auslandsdelegation meiner Partei ihren Ausdruck gefunden haben;

2. War unsere Partei immer gegen den gewaltsamen Sturz der Sowjetmacht, so steht im Mittelpunkt meiner gesamten publizistischen Tätigkeit während der letzten zwei Jahre der Gedanke, dass wir, Sozialdemokraten, nichts von militärischen Verschwörungen und Palastrevolutionen und daher überhaupt von den Kämpfen innerhalb der „oberen Zehntausend“ der Sowjetgesellschaft zu erwarten haben, und alle unsere Hoffnungen auf eine demokratische Ueberwindung der Stalinschen Alleinherrschaft nur auf der freien, systematischen und organisierten Aktion der Arbeiterschaft auf dem legalen Boden der neuen Verfassung aufbauen dürfen.

Wer dies alles nicht weiss, der sollte es lieber unterlassen, über das, was er nicht weiss, zu schreiben, um nicht als politischer Ignorant und Dummkopf angesehen

In den Jahren 1933 bis 1935 war Frankreich für sich allein imstande, die Kriegsvorbereitungen und die Machterweiterungen Hitler-Deutschlands zu verhindern; noch 1936 und 1937 wäre es vereinten Anstrengungen Frankreichs und Englands gelungen, den immer weiter greifenden Angriffen der deutsch-italienischen Achse Einhalt zu gebieten und Frieden zu erzwingen. Heute? Die Machtverschiebung zu Gunsten der deutsch-italienischen Verbündeten ist sehr gross geworden und eine aussenpolitische Orientierung der Vereinigten Staaten, die jetzt und heute schon ihr Gewicht für die Sicherung des europäischen Friedens in die Wagschale werfen, lässt auf sich warten. Englisch-französische Bemühungen, den Frieden zu sichern, weiteren Angriffen Deutschlands und Italiens zu wehren, schliessen heute schon unmittelbar das Kriegsrisiko ein.

Von diesem Standpunkt aus muss man jetzt die Politik Englands und Frankreichs betrachten. Neue Nachgiebigkeit, neue Kapitulation führt zur Stärkung der Feindemacht; energisches Eingreifen mag den Frieden erhalten. Aber diese Politik ist jetzt gefährlich geworden, ihr Erfolg nicht mehr absolut gesichert. Deshalb galt die Spannung mit der die Welt der neuen Definition der englischen Aussenpolitik entgegenschah, die Chamberlain in seiner Rede vom 24. März vornahm, vor allem der Frage: *welches Kriegsrisiko ist England bereit, auf sich zu nehmen?*

Darauf antwortet Chamberlain: England wird Krieg führen für seine eigenen lebenswichtigen Interessen, zur Verteidigung seines Gebietes und des imperialen Gebietes und seiner Seewege. Es würde ebenso zu den Waffen greifen zur Verteidigung seiner Freiheit. Zweitens würde England kämpfen, wenn Frankreich oder Belgien einem unprovokierten Angriff ausgesetzt wären in Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Locarno-Vertrag. Diese Verpflichtungen würden automatisch eintreten. Gleiche Verpflichtungen bestehen gegenüber Portugal, Irak und Aegypten.

Zu diesen automatischen, aus den bestehenden Verträgen Englands folgenden Verpflichtungen kommen andere, bei denen England Herr seiner Entscheidungen bleibt. Das sind die Verpflichtungen aus dem Völkerbundspakt, dem Opfer eines Angriffs zu Hilfe zu kommen. In diesem Zusammenhang sprach Chamberlain von der Tschechoslowakei. Für ihren Schutz könnte England auch zu den Waffen greifen, wenn die englische Regierung zu der Ueberzeugung gelangte, dass ihre Pflichten als Völkerbundmitglied sie dazu zwängen. Aber in diesem Fall besteht keine automatische Verpflichtung zu militärischem Eingreifen. England behält aber für die endgültige Entscheidung freie Hand.

Bis dahin sagt Chamberlain nichts Neues, nichts, was in der durch die Annexion Oesterreichs und die Aufrichtung der deutschen Hegemonie in Mitteleuropa so verschärften Situation einen neuen englischen Beitrag zur Friedenssicherung bedeutete. Aber dann fährt Chamberlain fort:

„Wo es sich um Krieg und Frieden handelt, geht es nicht allein um gesetzliche Verpflichtungen. Wenn ein Krieg ausbräche, wäre es unwahrscheinlich, dass er beschränkt werden könnte auf diejenigen, die solche Verpflichtungen übernommen haben. Der unerbittliche Druck von Tatsachen könnte sich sehr wohl als mächtiger erweisen als formale Verkündungen. In einem solchen Falle wäre es sehr wohl im

zu werden. Wer es aber weiss und doch über meinen „Interventionismus“ und meine „Verschwörerität“ schreibt, der stempelt sich selbst zum politischen Lump. Ich muss es selbstverständlich Herrn Dahlem und der Redaktion der „Volkszeitung“ überlassen, die Wahl zwischen diesen zwei Möglichkeiten zu treffen.

Theodor Dan.

Kein Haar gekrümmt

Ueber die Auflösung der Vaterländischen Front und die verzweifelte Stimmung in Wien berichtet die Nazipresse mit jener barmhosen Biedermännerei, die sie auch in Deutschland nach dem 5. März zeigte, als in den braunen Folterkellern das Blut

Die Politik Chamberlains

Der unerbittliche Druck der Tatsachen

Bereich der Wahrscheinlichkeit, dass andere Länder ausser denjenigen, welche Parteien des ursprünglichen Streites waren, in diesen fast unmittelbar hineingezogen würden. . . . Das trifft besonders auf zwei Länder wie Grossbritannien und Frankreich zu, die lange Freundschaftsbeziehungen und eng verwobene Interessen besitzen und die gleichen Idealen der demokratischen Freiheit ergeben und entschlossen sind, ihre Ideale aufrechtzuerhalten.“

Um die Bedeutung dieser Ansführungen zu verstehen, muss man sie mit der Tatsache in Verbindung bringen, dass die französische Regierung wiederholt ihre Entschlossenheit erklärt hat, ihre Verpflichtungen aus dem Bündnis- und Freundschaftsvertrag mit der Tschechoslowakei zu erfüllen und dass Russland die gleiche Erklärung abgegeben hat für den Fall, dass Frankreich der angegriffenen Tschechoslowakei zur Hilfe kommt. Paul Boncour hat diese Stellungnahme Frankreichs dem englischen auswärtigen Amt offiziell mitgeteilt und die angeführte Stelle ist die englische Antwort. Was ist ihr Sinn? Juristisch behält sich England Handlungsfreiheit vor, schon um in dem deutsch-tschechischen Konflikt vermitteln zu können. Aber der „unerbittliche Druck der Tatsachen“ wird die Handlungsfreiheit nicht lange bestehen lassen; vielmehr würde dann „wahrscheinlich“ England an Seite Frankreichs in den Krieg eintreten müssen. Das ist eine deutliche Warnung an Hitlers Adresse, deutlicher als sie bisher in Bezug auf Zentral-Europa von einer britischen Regierung ausgesprochen wurde.

Dagegen hält Chamberlain an der Nicht-Interventionspolitik in Spanien fest. Er beruft sich auf die Erklärungen Mussolinis, dass er keine territorialen, politischen oder ökonomischen Ziele in Spanien oder auf die Balearen verfolgen und auf die befriedigenden Fortschritte in den englisch-italienischen Verhandlungen. Aber es handelt sich, wenigstens zunächst, gar nicht um territoriale Festsetzungen Deutschlands oder Italiens in Spanien oder Spanisch-Marokko. Der Sieg Francos genügt, um Deutschland und Italien ganz Spanien zur Verfügung zu stellen. Deutschland und Italien würden auf die Lieferung der ungeheuer kriegswichtigen Erze aus Spanien und Spanien-Marokko zählen können. In Verbindung mit der deutschen Hegemonie über Mitteleuropa und den Balkan bedeutete das eine neue ausserordentliche Stärkung des Kriegspotentials der „Achse“, die Ermöglichung, auch eine viel längere Kriegsdauer durchzuhalten als es ihr der Rohstoffmangel bisher erlaubt hätte, die Abschwächung und Verzögerung der Seeblockade, die ohnehin schon durch die Bedrohung der englischen und französischen Seeherrschaft erschwert ist. Politisch aber würde Franco-Spanien zur Verlängerung der Achse werden, Frankreichs Pyrenäengrenze bedroht, seine militärische Kraft noch weiter geschwächt werden. Die City-Erwartung, Franco bedürfe zum Wiederaufbau Englands wirtschaftliche und finanzielle Hilfe ist eine trügerische, zum mindesten ganz unsichere Illusion. Kann auf diese die Politik des englischen Weltreichs aufgebaut werden?

Aber auch hier muss der „unerbittliche Druck der Tatsachen“ seine Wirkung ausüben. Paul Boncour hat dem auswärtigen Ausschuss der Kammer auseinandergesetzt, dass die Anwesenheit deutscher und italienischer Truppen in Spanien einem Gesamtplan entsprechen

könne, der Frankreich durch die Festhaltung eines Teils seiner Kräfte an der Pyrenäengrenze daran hindern solle, in Mitteleuropa zu intervenieren; er hat hinzugefügt, dass Frankreich weder die Festsetzung fremder Mächte in Spanien selbst noch die Bedrohung seiner Seeverbindungen mit Nordafrika ertragen könne. Das heisst aber, dass Frankreich je nach der Entwicklung in Spanien zu einem Eingreifen gezwungen sein kann. Und in diesem Fall ergibt sich für England die gleiche Situation wie in dem der Verwicklung Frankreichs in einem zentraleuropäischen Konflikt. Es ist im „Bereich der Wahrscheinlichkeit“, in Wirklichkeit es ist gewiss, dass England dann Frankreich zur Seite treten muss. Dies ist um so sicherer, als dann — viel augenscheinlicher und evidenten noch als im Fall der Tschechoslowakei — zugleich vitale englische Interessen bedroht sind und der Fall eintreten würde, den Chamberlain als den ersten genannt hat, in dem England kämpfen müsste.

Das ist zudem auch der Grund, weshalb uns der spanische Gefahrenherd als der bedrohlichere, schwerer auszulöschende, erscheint als selbst der tschechoslowakische.

Zwei wichtige Schlussfolgerungen lassen sich ziehen: erstens geht die aussenpolitische Initiative, die Frankreich solange England allein überlassen haltdurch den „unerbittlichen Druck der Tatsachen“ jetzt wieder stärker auf Frankreich über. Denn dies ist in Zentral-Europa und Spanien noch unmittelbarer bedroht als England und Chamberlain hat einsehen müssen, dass er Frankreich nicht allein lassen kann, mögen „automatische“ Verpflichtungen bestehen oder nicht. Zweitens — und hier setzt die berechtigte Kritik Churchills, des Konservativen, der als erster und lange Zeit fast allein die aussenpolitische Situation nach der Machtergreifung Hitlers verstanden hatte, und die Kritik der Arbeiterpartei ein — Chamberlains Politik bleibt unvollständig und entspricht nicht den Anforderungen der gefährdenden Stunde. England ist auch heute noch eingewaltiges Machtzentrum. Aber im Gegensatz zu Deutschland hat es nicht verstanden, die grosse Anziehungskraft, die Macht ausüben kann zu nutzen — aus Angst vor „automatischen“ Verpflichtungen“. Die Gruppierung der friedliebenden Staaten um Frankreich und England könnte wohl noch heute das Uebergewicht schaffen, das den Frieden retten könnte. Aber Uebernahme von festen Verpflichtungen Englands Aufgabe wäre es jetzt, die Konstellation zu schaffen, die den Diktatoren den Krieg als allzu gefährliches Risiko erscheinen liesse. Denn es ist so wie Churchill es in der Debatte formuliert:

„Zweifelloos haben wir bedeutende Verpflichtungen, aber leider ohne dass wir damit den vollen Gegenwert an abschreckender Wirkung erzielen. Wir tun nicht alles, was in unserer Macht steht, um den Krieg zu verhindern, den wir doch auf uns nehmen müssen, wenn er erst ausbricht. Man sollte wirklich darüber nachdenken, ob nicht, nachdem wir schon so weit gegangen, der kühnere Kurs nicht der sicherere wäre.“

Ob aber diese Ueberlegung nicht schon zu spät kommt, darauf kann allein der „unerbittliche Druck der Tatsachen“ die Antwort geben.

Dr. Richard Kern

schon in Strömen floss. In einem Bericht der „Preussischen Zeitung“ vom 12. März liest man:

„Die Führer der Vaterländischen Front haben sich genau so verflüchtigt wie die ganze Organisation. Hals über Kopf ist einer nach dem andern ins Ausland geflohen. Man lacht in Wien und in ganz Oesterreich über diese überstürzte Flucht, denn bei der nationalsozialistischen Erhebung des deutschen Volkes ist niemand ein Haar gekrümmt worden.“

Kein Haar gekrümmt — auf den Strassen werden nur jüdisch Aussehende misshandelt, Privatwagen werden massenweise ausgegraben, die Gefängnisse sind mit Hitlergegnern überfüllt und die Gestapo regiert nach neudeutschem Muster. Ausserdem sollte die braune Presse ein wenig an die

Scharen österreichischer Nazis denken, die noch bis vor kurzem eiligst nach Deutschland flüchteten, sobald die Gefahr nahelag oder an Göring, der nach dem Münchener Bierkeller-Putsch über Tirol hinweg geschauelt den Weg nach Schweden suchte, dass selbst seine Anhänger den Kopf schüttelten.

Arbeitergroschen. Die Bank der Deutschen Arbeit hat für jedes am 13. März oder am 10. oder 20. April 1938 geborene österreichische Kind ein Sparkassenbuch mit 25. — Mark gestiftet. Die Deutsche Arbeiterfront hat ein 2 500 Morgen grosses Rittgut bei Braunschweig gekauft, das Mustergut eingerichtet werden soll.

Intervention Hitler in Spanien

Die spanische Gesandtschaft in London hat ein amtliches Telegramm aus Barcelona veröffentlicht, das Einzelheiten über die deutsche Intervention in Spanien enthält.

Wir zitieren daraus:

„Um die Offensive an der Front von Aragon vorzubereiten, ist kürzlich eine beträchtliche Masse von Material und Technikern aus Deutschland und Italien in Rebellenhäfen angekommen, und der Zustrom dauert noch an. Im Laufe des März haben folgende Schiffe Material in diesen Häfen entladen:

1. März: das deutsche Kriegsschiff Deutschland in Ceuta, und das italienische Schiff Franca Fascio in Sevilla;

3. März: das spanische Schiff Ciudad de Ceuta in Algeiras;

6. März: das spanische Schiff San Juan in Teneriffa;

10. März: das italienische Schiff Apollo, 1400 ton Material, in Sevilla, das deutsche Schiff Pasajes in Larache;

12. März: das deutsche Schiff Palos in Sevilla, das italienische Schiff Antonio Pizafetta, 14 Tanks und 12 Jagdflugzeuge, in Algeiras;

14. März: das spanische Schiff Mar Negro in Puerto de Santa Maria, und die Ciudad de Alicante in Ceuta;

12. März: 6 Bombenflugzeuge „Heinkel“ in Melilla, die ihren Weg nach der Halbinsel fortsetzten;

Am 4. März eine Gruppe von 4 Geschwadern von „Heinkel 111“, Bombenflugzeuge mit langer Reichweite mit ihrem gesamten Personal, um speziell bei der Offensive von Aragon verwendet zu werden. Diese Flugzeuge, die Frankreich überflogen haben, sind in Palma gelandet. Sie sind in die deutsche Legion „Kondor“ eingegliedert worden, die sich aus zwei Gruppen von Jagdflugzeugen, vier Geschwadern vom Typ „Messerschmidt 109“ und zwei Geschwadern „Heinkel 51“ zusammensetzt, wozu eine Gruppe von Erkundungsflugzeugen kommt, die aus zwei Geschwadern „Dornier 17“ und einer Patrouille „Heinkel 45“ zusammengesetzt ist.

Der Oberbefehlshaber der Legion „Kondor“ ist der General Veidt, der Kommando der Kommandant Neudörfer, der Jagdgruppe der Kommandant Hermann, des ersten Bombengeschwaders der Kommandant Scholtz, des zweiten Geschwaders der Kapitän Schröder, des dritten der Kommandant Fischer, des vierten der Kommandant Zielberg. Alle diese Führer und Offiziere gehören der Luftwaffe des Deutschen Reiches an.

Das Material zur Verfügung der italienischen und deutschen Luftstreitkräfte ist das folgende:

150 Fiat 32; 100 Savoia 81; 40 Stormi; 40 Romeo; 40 Junkers; 40 Heinkel; 40 Dornier; der Rest der 700 Flugzeuge besteht aus Erkundungsapparaten Typ Messerschmidt und anderen, sowie aus Wasserflugzeugen Savoia.

Die Londoner Zeitung „News Chronicle“ veröffentlicht die folgende Spezialinformation aus Barcelona:

„Eines der Wasserflugzeuge, die in der letzten Woche in Tarragona den englischen Dampfer Stanwell bombardiert, und dabei zwei Mann der Besatzung getötet und den Beobachter des Nichtinterventionsausschusses verletzt haben, ist durch das Feuer der Abwehrbatterien von Vinaroz abgeschossen worden. Vier Mann der Besatzung, die nicht verletzt waren flohen nach dem Ufer, in der Hoffnung, in einem kleinen Boot zu entfliehen. Sie wurden gefolgt und gefangen genommen. Diese Gefangene waren Deutsche. Der Kommandant des Wasserflugzeuges ist jetzt verhört worden. Er heisst Rudolf Rucker, 25 Jahre alt, geboren in Hamburg. Man hat bisher geglaubt, dass Majorja ausschliesslich von Italienern benutzt werde, aber nach den Erklärungen von Rucker ist der Hafen von Pollensa mit seiner ausgezeichneten Bucht auf der anderen Seite der Insel von Palma als Basis für die deutschen Wasserflugzeuge bestimmt.“

Rucker, der von Berlin über Rom nach Majorja gekommen war, hatte Befehle des deutschen Luftfahrtministeriums für den Kommandanten Hallighausen, den Chef der Basis Pollensa, überbracht.

Ein anderer verhörter deutscher Flieger ist der Leutnant und Beobachter Kurt Kettner, dessen Apparat bei Candassos an der Front von Aragon am 10. März abgeschossen wurde. Er hat die folgenden interessanten Bekundungen gemacht:

40 schwere Bomber vom Typ „Heinkel 101“ sind Ende Februar, am Vorabend der Offensive, an der Front von Aragon eingetroffen; sie waren von Deutschland nach Majorja gekommen, nachdem sie Frankreich überflogen hatten. Von Majorja hatten sie sich nach Spanien begeben;

Deutschland führt unter Einsatz grosser Mittel Krieg in Spanien. Aber Chamberlain redet nach wie vor von Nichtintervention!

Der Weg nach Bagdad Südosteuropa in offener Panik

Der Oberst des tschechoslovakischen Generalstabs Moravec hat in einer viel beachteten Broschüre die Stosslinie des neu-deutschen Imperialismus zu skizzieren versucht. Sie führt durch das Donauraum und die mährische Pforte an das Schwarze Meer und den Persischen Meerbusen. Es ist die alte Linie Berlin—Bagdad, die schon vor dem Weltkrieg die Federn der Romantiker des deutschen Imperialismus beflügelte, in den Kämpfen des Weltkriegs einen Augenblick lang Wirklichkeit wurde und nunmehr von neuem eine, wenn auch kaum die einzige, Entwicklungsrichtung des nazistischen Expansionsdrangs zu werden scheint. Die Beute, um die es da geht, ist kaum zu überschätzen. Südosteuropa, das das Dritte Reich seit langem mit Zwang und Lockung umwirbt, ist reich an Menschenmaterial, das heute der Kriegswirtschaft und morgen der Kriegführung zu dienen vermöchte, geduldigen Männern, die das Kämpfen, Leiden und Sterben gewohnt sind; reich an mineralischen Rohstoffen, die der deutschen Aufrüstung unentbehrlich sind; reich an Lebensmitteln und pflanzlichen Rohstoffen, deren das Dritte Reich so dringend bedarf. Wenn es Berlin gelingt, mit deutschen Ingenieuren und deutschen Organisatoren den ganzen riesigen Raum zu erfassen, der von Wien bis nach Warna am Schwarzen Meer reicht, dann hat es erreicht, was in den Kämpfen des Weltkriegs erst 1917 ermöglicht wurde, zu spät, um den Sieg der deutschen Waffen zu sichern. Die Organisation Südosteuropas unter deutscher Führung für den kommenden Kampf um die Herrschaft über den europäischen Kontinent — zunächst — das ist der Einsatz in dem gewaltigen Ringen, das vor unseren Augen vor sich geht.

Die Eroberung Wiens hat nicht nur den Druck des Dritten Reichs auf die Tschechoslovakische Republik ungeheuer verstärkt, die einzige Festung im Donauraum, die Deutschland noch offen widersteht. Alle Länder östlich und südöstlich von Oesterreich sind nunmehr in die Reichweite der deutschen Drohung gerückt. Das grosse Vakuum im Donauraum, das machtpolitische Loch, das seit 1933 entstanden ist, ist in Gefahr, vom Dritten Reich ausgefüllt zu werden.

Die ganze Staatenorganisation Südosteuropas in der Nachkriegszeit war gegründet auf die militärische und machtpolitische Unterlegenheit Deutschlands gegenüber den Westmächten, in erster Linie Frankreich. Die französische Republik selbst war die erste Militärmacht Europas. Durch ihren polnischen Alliierten und durch die Kleine Entente sicherte sie die Landkarte Südosteuropas,

wie sie aus dem Weltkrieg hervorgegangen war. Seit dem März 1936, der Frankreich aus dem mittel- und osteuropäischen Raum ausschaltete, ist dieses Staatensystem in Umwälzung geraten. Das französische Allianzsystem, von Frankreich durch die erstarkende und angreifsbereite Militärmacht des Dritten Reichs getrennt, ist zerbrochen. Polen ist deutlich auf die andere Seite abgelenkt. Die Kleine Entente besteht nur mehr dem Namen nach. Sie ist noch bereit, gegenüber der Drohung des ungarischen Revisionismus zusammenzuwirken. Aber dieses Problem spielt heute neben dem ungeheuer aktuellen und grundlegenden der deutschen Aggression keine Rolle mehr. Dem Dritten Reich gegenüber aber vermag die Kleine Entente nicht mehr geschlossen zu handeln.

Jugoslawien hat schon vor dem „Anschluss“ einen völligen diplomatischen Frontwechsel vollzogen. Es sitzt, um ein englisches Bild zu verwenden, auf der Mauer, die die europäischen Länder in zwei Heerlager scheidet, bereit, sich erst im letzten Augenblick für eine der beiden Seiten zu entscheiden. Die Tatsache, dass Stojadinowitsch — allerdings im Gegensatz zur Massenstimmung, besonders in den slovenischen Gebieten — die Eroberung Oesterreichs gutgeheissen, ja begrüsst hat, zeigt, wie weit sich Jugoslawien schon nach der anderen Seite der Front engagiert hat.

Rumänien hat in den letzten Monaten, teils aus innerpolitischen, teils aus ausserpolitischen Gründen einen wahren Eiertanz aufgeführt, der es zunächst in unmittelbare Nachbarschaft zu Italien und Deutschland, dann wiederum in vorsichtige Distanz zur faschistischen „Achse“ brachte. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist König Carol, der nun offen die Verantwortung für die Politik seines Landes übernommen und seine persönliche Diktatur unverhüllt proklamiert hat, im Begriffe, neuerdings die Beziehungen zu Berlin und Rom enger zu gestalten. Damit ist die Kleine Entente als machtpolitischer Faktor, was das entscheidende Problem Südosteuropas anlangt, die Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich, nicht mehr vorhanden.

Bis in den Herbst des Jahres 1936 haben verschiedene Länder Südosteuropas, mehr oder minder freiwillig, den Versuch gemacht, in Italien einen Ausfall für die entschwindende französische Garantie zu finden. Der römische Staatsblock, der Italien, Oesterreich und Ungarn vereinte, sollte als Keimzelle für eine neue Staatenorganisation dienen, die den Druck des Dritten Reichs abzuwehren bestimmt war. Aber diese Kombination, die in den Tagen von Stresa

ihren Triumph feierte, hat sich sehr rasch als Fata Morgana erwiesen. Italien, im Mittelmeer und in Ostafrika engagiert, war nicht stark genug, gleichzeitig England und dem Dritten Reich entgegenzutreten. Es hat vor Deutschland kapituliert, sich als zweite Macht in die „Achse“ eingefügt und schliesslich Oesterreich, dessen Garantie es — entgegen den wahrheitswidrigen Behauptungen Mussolinis — den österreichischen Staatsmännern gegenüber übernommen hatte, dem Dritten Reich preisgegeben. Ungarn, das sich Deutschland gegenüber heute in einer der österreichischen ähnlichen Lage befindet, kann nicht mehr auf den Schutz Italiens rechnen als das unglückliche Nachbarland. Die Staatengruppe der römischen Protokolle besteht nicht mehr.

Durch wenige Monate hat man mit dem Gedanken gespielt, die Sowjetunion in die südosteuropäische Politik einzufügen, um ein Gegengewicht gegen Deutschland und einen Ersatz für die französische Garantie zu schaffen. Der tschechoslovakisch-russische Hilfsvertrag sollte die Keimzelle eines solchen Staatensystems werden, dem ein rumänisch-russischer Hilfsvertrag die notwendige territoriale Brücke beistellen sollte. Aber dieser Plan, von Frankreich nur halbherzlich verfolgt, von England mit grösstem Misstrauen angesehen, stiess in Südosteuropa auf den Widerstand der gesamten politischen und sozialen Reaktion und war mit dem Sturz Titulescus praktisch erledigt.

Seither liegt Südosteuropa desorganisiert, innerlich uneins, in offener Panik, der deutschen Militärmacht als Beute hingeworfen da. Nur mehr die offene englisch-französisch-russische Kooperation, deren Angelpunkt die Tschechoslovakie sein müsste, könnte verhindern, dass sich das Dritte Reich des ganzen südosteuropäischen Raums mit seinen ungeheuren Möglichkeiten bemächtigt. Aber von einer solchen Zusammenarbeit ist weit und breit nichts zu sehen. So hat Deutschland den ersten Stoss gegen den schwächsten Punkt im südosteuropäischen Staatensystem, Oesterreich, ungestraft führen können. So holt es nun zum zweiten, entscheidenden Stoss gegen die Tschechoslovakie aus. Es bedarf keiner Berufung auf Bismarck mehr, um zu erkennen, dass der Fall dieser letzten Festung, die dem deutschen Drang nach dem Südosten widersteht, das Schicksal ganz Südosteuropas besiegeln müsste. Im Kampf um die Moldaurepublik entscheidet sich die erste grosse Schlacht um die Herrschaft über den europäischen Kontinent. Deutschland ist auf dem Wege nach Bagdad — und damit auch auf dem Weg nach Paris und London.

Einmarsch nach Windhuk vorbereitet

Die in Wien tätigen Auslandsjournalisten haben ihrer Presse voller Erstaunen gemeldet, dass die deutschen Beamten mit fertigen Listen in die betroffenen Geschäfts- und Wohnhäuser gekommen seien, um ihre Recherchen anzustellen. Ein englischer Korrespondent berichtet, es habe so gewirkt, als ob die Details der Aktion von langer Hand vorbereitet gewesen wären.

Wir können dem englischen Kollegen versichern, dass die Annektion nicht nur anscheinend, sondern tatsächlich minutiös vorbereitet war. Wenn sich die Engländer die Mühe machen würden, die deutschen Fachzeitschriften nachzulesen, so würden sie ausserdem wissen, dass auch die Uebergabe der Kolonien mehr als vorbereitet ist:

In Heft 5 der „Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht“ 5. Jahrgang vom 1. März 1938, Seite 147, ist ein Tätigkeitsbericht des Kolonialausschusses der Akademie für deutsches Recht abgedruckt. Es heisst dort:

„Der Kolonialausschuss der Akademie für deutsches Recht tagte am 9. Februar 1938 in Berlin unter dem Vorsitz von Staatsrat Prof. Dr. Freiherrn von Freytag-Loringhoven, Breslau.

Neben Angehörigen der ehemaligen deutschen Kolonialverwaltung nahmen zahlreiche Vertreter der beteiligten Behörden und Parteidienststellen,

des Auswärtigen Amtes, der Oberkommandos der Wehrmacht, des Reichsministeriums des Inneren, des Reichsjustizministeriums, der Dienststelle von Ribbentrop, der Auslands-Organisation, des Kolonialpolitischen Amtes, des Reichskolonialbundes usw. an der Sitzung teil. U. a. waren erschienen:

Aus der nun folgenden Namensliste seien lediglich von Lindequist, Gouverneur a. D., Dr. Hahl und Legationsrat Dr. Lohmann vom Auswärtigen Amt genannt. Jedenfalls zeigt die Uebersicht über die auf der Tagung vertretenen Reichsbehörden, dass es sich um eine keineswegs private Veranstaltung romantischen Charakters, sondern um eine offizielle Arbeitssitzung handelte. Auch die Vortragsreihe soll nur auszugsweise wiedergegeben werden:

„Am Nachmittag tagte unter dem Vorsitz von Direktor Weigelt (der Leiter der Gruppe Kolonialwirtschaftliche Unternehmungen) der Unterausschuss „Rechtsfragen

der weissen und eingeborenen Bevölkerung.“ Assessor Dr. Winkelmann erstattete ein ausführliches Referat über die Eingeborenenengergichtbarkeit in unseren afrikanischen Kolonien.

„In unseren afrikanischen Kolonien.“ „In der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Unterausschusses „Koloniales Staats- und Verwaltungsrecht“ wurde unter dem Vorsitz von Gouverneur a. D. Dr. Hahl der Entwurf des Haushaltgesetzes für die Kolonien einer eingehenden Prüfung unterzogen;

Das ist der amtliche Entwurf, die Beratungen über den Entwurf wurden abgeschlossen. In der nächsten Sitzung wird sich der Unterausschuss mit den Entwürfen zum Reichskolonialbeamtengesetz befassen.“

Wenn auch dieser Entwurf durchberaten worden sein wird und die weiteren Gesetze, die die Verwaltung braucht, dann wird Tag und Stunde für die Landung in der ersten in Angriff zu nehmenden Kolonie festgesetzt werden. Den Engländern, die zu ihrem Trost annehmen möchten, das alles liege noch in weitem Felde, sei gesagt, dass man aus der Praxis der Legislative weiss, dass das Beamtengesetz gewöhnlich das letzte Stück eines Gesetzblockes ist.

Berichte aus Deutschland

Ein Mord

Im Gefängnis umgebracht

In der Nummer 247 vom 13. März berichteten wir von Verhaftungen im Wurmgebiet. Jetzt erreicht uns die Kunde, dass einer der Verhafteten, der Gen. Kurt Berkner, das Gefängnis tot verlassen hat. Man hatte ihn mit vielen anderen ins Polizeigefängnis nach Aachen gebracht. Dort hat er sich angeblich am 16. Februar in der Zelle erhängt. Den Eltern Kurt Berkners händigte man einen Tag vor der Beisetzung, am 5. März, die Urne aus. Die Beerdigung fand unter riesiger Beteiligung statt. Sie war für nachmittags 4 Uhr angesetzt; bereits um 2 1/2 Uhr war die Chaussee nach dem Waldfriedhof in Merksteil schwarz von Menschen.

Am Grabe sprach der Vater unseres Kurt, den man ebenfalls verhaftet hatte, den man aber angesichts des Todes seines Sohnes entlassen musste. Er sprach nur wenige Worte und schloss: „Kurt wir möchten nur wissen, wie Du Deine letzten Minuten gelebt hast“. Weiter kam er nicht, Freunde rissen ihn zurück, damit er sich nicht ins Unglück stürze.

Kein Mensch im ganzen Wurmgebiet glaubt an den freiwilligen Tod dieses lebenslustigen, jungen Menschen, der seit 1919 eifriges Mitglied im Arbeiterturn- und Sportbund gewesen, als Schüler eingetreten und 1932 Bezirkssportwart im 9. Bezirk vom 6. Kreis geworden war, nachdem er alle Stufen auf der Funktionärleiter jener ehemals stolzen Organisation der deutschen Arbeitersportler durchlaufen hatte.

Kurt Berkner war der älteste Sohn unter 7 Geschwistern, in Sachsen geboren und ein echter Proletariersohn, der alles Elend eines Bergarbeiterhaushalts ausgekostet hatte. Arbeitslosigkeit des Vaters, der Brüder und die eigene lasteten auf ihm und der ganzen Familie viele Jahre hindurch. Kurt war trotzdem immer heiter, immer mutig, nie verzagt. Und jetzt soll er sich erhängt haben? Das glaubt niemand, das kann niemand glauben.

Alles deutet darauf hin, dass die Gestapo hier einen neuen Mord auf ihr Gewissen geladen hat. In der Zelle von Kurt fand man kein Instrument, mit dem er sich erhängt haben könnte. Es gibt ausser der Tatsache, dass die Gestapo 2 Wochen gebrauchte, um die Einäscherung vorzunehmen, noch weitere Anzeichen dafür, dass hier ein Verbrechen begangen ist an einem jungen Menschen, der das Opfer eines Gestapospitzels, eines notorischen Verbrechers und Hochstaplers geworden ist. Diesen Burschen aber wird früher oder später sein Geschick erreichen!

Verhetzte Kinder

Gasmasken auf dem Schulweg

Aus einer sächsischen Stadt wird uns geschrieben: „In der letzten Februarwoche wurden hier in allen Schulen und für alle Jahrgänge an die Kinder obligatorisch Gasmasken verteilt. Die Kinder erhielten bei der Ausgabe der Masken die Anweisung, diese täglich auf dem Wege nach und von der Schule zu tragen. Begründet wurde dies damit, dass die Kinder sich rechtzeitig an das Tragen der Gasmasken gewöhnen müssten, denn das deutsche Vaterland sei rings von Feinden umgeben und der Zeitpunkt sei nicht mehr fern, an dem Deutsch-

An der tschechoslovakischen Grenze

Illustrationen zu Görings Erklärungen

Berichten, die dem sozialdemokratischen Parteivorstand von der sächsisch-tschechoslovakischen Grenze zugehen, entnehmen wir eine Reihe von Einzelheiten, die auf das deutlichste zeigen, welche Absichten gegenüber der Tschechoslovakie bestehen.

Grenzschutz.

Die Organisierung des deutschen Grenzschutzes in Formationen der sogenannten Grenzschutz hat weitere Fortschritte zu verzeichnen. Längs der Grenze werden die Grenzschutzformationen gebildet, die militärisch ausgebildet werden.

In X. finden seit Wochen Kurse statt, an denen die Mitglieder der Grenzschutz teilnehmen müssen. Die Vorträge, welche in den Kursen gehalten werden, sind mit Lichtbildern versehen. Gesprochen wird u. a. über die Themen „Das Verhalten an der Grenze bei Fliegerangriffen“, „Was muss der Grenzler beobachten?“, „Welche Vorgänge in der Tschechoslovakie muss der Grenzler beobachten“ usw. Aus diesen Themen ist ersichtlich, dass eine wesentliche Aufgabe des Grenzschutzes in der Ausspionierung bestimmter Dinge in der Tschechoslovakie, sowie aller Vorgänge an der Grenze überhaupt besteht. In dieser Spionagefähigkeit liegt auch der Grund dafür, dass eine Anzahl reichsdeutscher Grenzansohner ständig ohne die bekannten Schwierigkeiten, die andere haben, die Grenze überschreiten und dabei Ausgaben machen können, die über die persönlichen Verhältnisse der Betroffenen hinausgehen, wie verschiedentlich festgestellt werden konnte.

Grenzmanöver.

Ausser den vorerwähnten Kursen finden im Grenzgebiet regelrechte Übungen, man kann auch sagen, kleine Manöver statt, wie nachstehende Berichte beweisen.

a) Am 10. Februar fand im Aschberger Gebiet nahe der tschechoslovakischen Grenze eine Übung statt, an der sächsische Truppenteile beteiligt waren. Der Bevölkerung wurde gesagt, dass die Übung einen sportlichen Charakter habe. Die Soldaten wären nur im Gebiet, um ihre wintersportlichen Leistungen unter Beweis zu stellen.

b) Vom 3. bis 9. Februar waren im Grenzabschnitt Johanngeorgenstadt-Rittersgrün die Abteilungen der Grenzschutz in steter

land von seinen Feinden angegriffen werden würde, um es zu vernichten.

Man muss die Kinder selbst gesehen haben, um den Eindruck beurteilen zu können, den das Tragen der Gasmasken auf die Kinder macht! Verstört und aufgeregt legen sie den Schulweg zurück.

Natürlich gibt diese Massnahme, wie überhaupt der ganze Schulunterricht, den Kindern genügend Stoff, um über die bösen Feinde, die Deutschland überfallen wollen, zu schimpfen. Das Schlimme ist, dass die Eltern bei kleinen Kindern nicht einmal den Versuch unternehmen können, den Kindern etwas anderes zu lehren, da bei dem Unvermögen der Kinder, über bestimmte Dinge nicht zu sprechen, es unmöglich ist, sie über die wahren Zusammenhänge und Tatsachen aufzuklären. Sind doch in den letzten Monaten mehrmals Eltern zum Lehrer beordert worden, der ihnen mit dem Entzug der Erziehungsgewalt drohte, wenn sie sich weiterhin dem neuen Gedanken der schulischen Erziehung widersetzen würden.

So müssen die Eltern widerstandslos zusehen, wie ihre Kinder in einer Welt des Scheines und der Lüge aufwachsen. Die geringsten Versuche der Eltern, ihren Kindern zu sagen, wie in Wirklichkeit die Dinge liegen, gefährden nicht nur sie, sondern auch den Weiterbestand der Familiengemeinschaft.

Eine Bergmannssiedlung

Im sächsischen Steinkohlendistrikt werden zur Zeit einige Bergmannssiedlungen gebaut. Der Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP, Mutschmann, nimmt für sich in Anspruch, ein besonderer Freund der sächsischen Bergarbeiter zu sein. Und um diesen Anspruch unter Beweis zu stellen, hat er diesen Siedlungen seinen Namen geben lassen. Er hat dann dafür gesorgt, dass in der gesamten sächsischen Presse dieses

Alarmbereitschaft. Verstärkung wurde von Eibenstock hinzugezogen. Die Verstärkung wurde von der Motorradstaffel des NSKK gestellt. Die Grenze wurde in diesem Gebiet vom 4. bis 7. Februar ständig abgefahren.

Strassenbau.

Im Herbst 1937 wurde die Strasse von Schwarzenberg über Grünstädtel, Siegelhof bis Globenstein fertiggestellt. In letzter Zeit sind die Vermessungs- und Absteckarbeiten für die Fortführung des Strassenbaues von Globenstein über Rittersgrün, Ehrenzipfel, Zweibach, zum Fichtelberg bis an die tschechoslovakische Grenze aufgenommen worden. Nächstens soll der Bau der Strasse beginnen. Die Strassenbreite soll 12 Meter werden, die mit Granitpacklager beschottert werden sollen. Von dieser Beschotterung sollen aber nur 6 Meter in der Mitte zu sehen sein. 3 Meter sollen mit Rasen bepflanzt und 3 Meter sollen mit einem Schieferbelag versehen werden. Der Nichtinformierte wird also nur eine 6 Meter breite Strasse zu sehen bekommen, während sie in Wirklichkeit 12 Meter breit sein wird. Und das in einem Gebiet, wo in der Hauptsache nur Holzfuhwerke fahren!

Grenzdemonstrationen.

Wie systematisch die Grenzbevölkerung in die Kriegspropaganda des Dritten Reiches eingegliedert wird, beweisen die Grenzdemonstrationen der letzten Wochen, die in allen Grenzgebieten nach den Ereignissen am 4. Februar, 12. Februar und 11. März festgestellt werden konnten. Schon vorher, aber seit diesen Ereignissen verstärkt, wurde oftmals beobachtet, dass in den deutschen Grenzorten grosse Lautsprecher aufgestellt werden, die weithin im Staatsgebiet der Tschechoslovakie zu hören sind. Umzüge werden ganz nahe der Grenze veranstaltet, damit sie von der Tschechoslovakie aus gut beobachtet werden können und deren Wirkung erhöht werden soll durch Aufschriften und Anbringen grosser Plakate an den Häuserfronten, die nach der Tschechoslovakie zu liegen.

Einige der Berichte bringen wir nachstehend:

1. Am Sonntag, den 13. Februar, waren wieder Grenzdemonstrationen mittels Lautsprecher zu beobachten. In Sächsisch-Zinnwald befand sich der eine und in Georgenfeld der andere Riesenlautsprecher.

„Martin Mutschmann-Siedlungswerk“ genügend beweihräuchert wurde. Dieser Siedlungsplan stiess aber auf viele Widerstände, vor allem bei den Bergarbeitern selbst. Zunächst sollten die Bergarbeiter verpflichtet werden, einen grossen Teil der Arbeiten beim Bau selbst zu machen, um die Baukosten zu verringern. Alle in der Nähe wohnenden Bergarbeiter sollten zu diesen Arbeiten herangezogen werden, um die „Volksgemeinschaft“ unter Beweis zu stellen. Die Bergarbeiter zeigten für diese Art Volksgemeinschaft wenig Verständnis und erklärten, sie seien nicht in der Lage nach der Schufferei in der Grube, wo sie ohnehin schon Ueberschichten machen müssen, auch noch nach Feierabend Bauarbeiten zu verrichten.

Daraufhin ging man dazu über, nur die Interessenten für solche Wohnungen zu diesen Arbeiten heranzuziehen. Aber es gab fast keine Interessenten, als sie erfuhren, was die Mieten kosten sollten. Ausserdem wurde den Bergarbeitern keine Klarheit über die Verrechnung der von ihnen bei den Bauten verrichteten Arbeit gegeben. Die DAF-Bonzen gingen nun dazu über, das Interesse dafür durch einen sanften Druck zu wecken. Dabei wurden besonders die Bergarbeiter herausgesucht, die erwachsene, berufstätige Kinder haben, also über ein grösseres Familieneinkommen verfügen. Ungewollt haben diese Nazibonzen damit selbst zugegeben, dass diese „Martin Mutschmann-Siedlung“ alles andere sein wird als eine Hilfe für die kinderreichen Familien, als die es ausposaunt wurde. Die monatliche Miete beträgt für eine Wohnung, bestehend aus einem Stück Land von 500 bis 600 qmtr., einer Küche, einer Wohnstube und zwei ganz kleinen Schlafstuben 28.— Mark. Das ist ein Betrag, der weit über einen Wochenverdienst eines sächsischen Bergarbeiters hinaus geht. Für die gleichen Wohnungen werden in den Bergarbeiterwohnorten nur 15.— bis 18.— Mark bezahlt. Diejenigen Bergarbeiter, die mehrere kleinere Kinder haben, können also

U. a. hörte man weithin ins böhmische Gebiet das Horst-Wessellied, Deutschland, Deutschland über alles usw. Viele Neugierige standen an der Grenze und schauten der deutschen Kundgebung interessiert zu.

2. Eine bemerkenswerte Nebenerscheinung der Vorgänge in Oesterreich ist, dass im grenznahen Seiffen, im Erzgebirge, seit Dienstag, den 15. März, Abteilungen der Infanterieregiment Nr. 108 und 84 liegen. Die Soldaten sind in der Turnburg, im Gasthof „Zum Erbgericht“ und auch in der Fabrik Oller einquartiert. Sie erregen namentlich schweigsam verhalten und nicht stärkste Interesse, besonders da sie sich tüchtig bei der Grenzbevölkerung das über den Grund ihres Hiersseins verlauten lassen.

3. Ueber die Vorgänge vom 11. bis 12. März wird berichtet, dass im westsächsischen und bayrischen Grenzgebiet bereits am 11. März (durch Eisenbahner) bekannt wurde, dass Truppenbewegungen vorgenommen würden. Am 12. März früh waren die Truppenbewegungen längs der Grenze auch zu beobachten. In Selb, Hohenberg und Schirding wurden alle militärfähigen Männer bis zu 30 Jahren aus den Betrieben eingezogen. Vom Freitag zum Sonnabend waren längs der Grenze deutsche Flieger in grosser Zahl zu sehen. Dabei konnte man feststellen, dass sie öfters die tschechoslovakische Grenze überflogen.

Die Grenze wurde nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Oesterreich durch Höhenfeuer beleuchtet und von der Grenze aus konnte man in Deutschland Fackelzüge sehen und das „Heil“-Gedrüll hören. Die Grenze war in diesen Tagen streng gesperrt. Ein junger deutscher Finanzier sagte zu tschechoslovakischen Bürgern: „In einem Vierteljahr gibt es keine Grenze mehr hier und wir sind wieder ein Volk und ein Reich“. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, dass die Stimmung unter den Anhängern der SDP sehr aufgeregt ist. Viele von ihnen können sich vor Freude, dass sie bald „befreit“ werden, kaum noch beherrschen.

4. In Oberwiesenthal, im Erzgebirge, war am Sonnabend, den 12. März, ein grosser Lautsprecher aufgestellt, der weit über die Grenze zu hören war. Ausserdem wurde dort ein Fackelzug veranstaltet, wobei von den Beteiligten zu hören war, dass der Angriff auf die Tschechoslovakie nun nicht mehr lange auf sich warten lassen würde.

nicht daran denken, in eine solche Wohnung zu ziehen, weil sie etwa 40 Prozent höher liegen als der ortsübliche Mietsatz. Aber auch die zahlungskräftigeren Bergleute, bei denen zwei oder noch mehr Familienmitglieder verdienen, sind davon nicht begeistert, weil sie zunächst eine unbestimmte Zeit am Bau arbeiten müssen, nicht wissen, wie diese Arbeiten verrechnet werden und am Schluss noch mehr Miete zahlen müssen als anderswo. Nur der vorhandenen Wohnungsnot und dem sanften Druck der Nazibonzen ist es zu danken, dass überhaupt Interessenten für diese „Wohltätigkeitswerk“ gefunden wurden.

Die Fertigstellung der Häuser nimmt aus Gründen des Rohstoffmangels einen schlechten Fortgang. An vielen Stellen haben die Kumpels schon ausgeschachtet, aber es kann nicht mit dem Bau begonnen werden, weil es an den nötigen Ziegeln und dem Mörtel fehlt. Regen und Schnee sorgen dafür, dass wieder die Ausschachtung fällt, und die Kumpels können wieder von neuem mit ihrer Arbeit beginnen. Anderwärts sind die Mauern fertig, aber es fehlt das Holz für den Dachstuhl und die Türen und Fensterrahmen. Langsam wird diese grossmäulig angekündigte „Martin Mutschmann-Siedlung“ zum Spottobjekt der Kumpelraden und von der Begeisterung, die nach Angaben der Zeitungen alle Herzen der Bergarbeiter für ihren „Freund“ Mutschmann erfüllt, ist mit bestem Willen nichts zu merken.

Die Oberschlesische Bergbehörde hat sich endlich veranlasst gesehen, der Verwaltung derselben Hohenzollerngrube die masslosen Ueberschichten zu verbieten. Die Ursache liegt in der stetig sich steigenden Unfallziffer. Die Belegschaftsstärke von 3000 Mann liegt noch auf derselben Höhe wie im Jahre 1933, doch die Unfälle stiegen von 720 im Jahre 1935 auf 2000 im Jahre 1937, also fast um das Dreifache. Im Januar dieses Jahres allein gab es auf der Grube 4 Tote und 18 Schwerverletzte.

Das germanische Reich deutscher Nation

Die geheimen Ziele des Dritten Reiches

In den friedliebenden Ländern Europas geht eine geheime Hoffnung um. Man glaubt, dass nach der Eroberung Oesterreichs der deutsche Expansionsdrang befriedigt sei. Nichts falscher als das — jetzt fängt es erst an!

Die Reden, die Hitler jetzt hält, geben genaue Auskunft über das, was Europa alles noch bevorsteht. Man muss sie nur im Lichte nationalsozialistischer Gedankengänge betrachten.

„Ein germanisches Volksreich deutscher Nation“ — das ist es, was Hitler jetzt in allen deutschen Gauen verkündet. Was verbirgt sich hinter dieser Formel? Alle Auslegungen, die wir bisher gesehen haben, sind irrig. Es ist nicht ein anderer Ausdruck für das Ideal der Grossdeutschen, auch nicht eine Anlehnung an das „Heilige römische Reich deutscher Nation“. Diese Formel bezeichnet vielmehr ganz eindeutig einen bestimmten alldeutschen Eroberungs- und Weltmachtsplan. Sie zeigt den Wissenden, was in den nächsten Jahren folgen soll.

Die von Hitler jetzt benutzte Formulierung ist so wenig sein geistiges Eigentum wie der Inhalt von „Mein Kampf“. Sie ist altes alldeutsches Gedankengut. Sie ist geprägt worden von Josef Ludwig Reimer, der im Jahre 1905 ein Buch unter dem Titel „Ein vangermanisches Deutschland“ veröffentlicht hat. Dieses Buch, das eine der wichtigsten Unterlagen für „Mein Kampf“ gewesen ist, der in ganzen Parteien eine Uebertragung der Reimerschen Gedankengänge in die Sprache Hitlers darstellt, hat diesen Begriff geliefert, und zwar unter der Formulierung „Ein germanisches Stammesreich deutscher Nation“.

Um den Inhalt dieses Begriffes zu erkennen, genügt es, einige wichtige Abschnitte aus dem Buche von Reimer anzuführen. Reimer schreibt:

„Wir wollen und müssen wollen: ein germanisches Stammesreich deutscher Nation, ein Weltreich germanischer Stämme unter der Hegemonie des deutschen Volkes.“

Um in der Praxis das zu erreichen, haben wir:

a) die in Betracht kommenden skandinavischen und niederländischen Germanenstaaten allmählich zu verdeutschen;

b) die in Betracht kommenden, in ihrer Masse agermanischen Völker in ihre Komponenten zu zerlegen, das Germanische an uns zu ziehen und das agermanische abzuweisen.“

Da ist also nicht nur die Rede von Randdeutschen, da geht es auch um Eroberung von Gebieten, die nicht von deutschsprachiger Bevölkerung bewohnt werden, sondern von Tschechen, Slovaken, Italienern und Franzosen. Was soll mit ihnen geschehen?

Die Gesamtmasse der Bewohnerschaft des vangermanischen Deutschland überblickend, könnte man angesichts der bereits errungenen Höhe unserer germanischen Zivilisation ohne wesentliche Gefahr einer besonderen Hemmung derselben einen gewissen nicht allzugroßen Prozentsatz von Agermanen erlauben, sich nach ihren Anlagen von dem uns eigenen Milieu mitzutreiben zu lassen, welchem Zugeständnis etwa folgende Rechtsstellung entsprechen würde: beschränkte Staatsbürgerschaft (civitas), die zur persönlichen Freiheit nötigen gesellschaftlichen und sozialen Rechte (commercium), aber Ausschluss von der Zeugungsgemeinschaft (extra connubium), verbunden von Fall zu Fall mit dem Verbot der Kinderzeugung überhaupt (extirpatio).“

Was aber über diesen Prozentsatz hinausgeht, soll expropriert werden. Aber wie? Reimer antwortet:

„Durch Heranziehung zu bestimmten Industriezweigen und Arbeiten. Dass sie den germanischen Arbeitern im Wettbewerb nicht gefährlich werden könnten, dafür müsste eben ein aus germanischen Arbeitern bestehender Beirat Sorge tragen. Politische Rechte dürfen diese lokal zusammengedrängten agermanischen Arbeiterkolonisten als Nichtbürger natürlich nicht haben.“

b) Durch Wegsiedlung und Abschiebung nach einer Gegend, die für germanische Besiedlung nicht in Betracht käme, z. B. Russland, Asien, China.“

Hier liegt eine Antwort vor auf die Frage: was könnte und würde Hitler nach einer Eroberung und Unterwerfung der Tschechoslovakei mit den besiegten Tschechen anfangen? Man wisse die Reimerschen Ungeheuerlichkeiten nicht als phantastisch ab. Das Dritte Reich hat schon Manches getan, was in dieser Richtung liegt!

und fände da wohl einen besonders günstigen, heimatischen Boden.

3. Die Hauptmasse der Agermanen liegt im Osten und Süden. Hier müsse an die Stelle der Vorbereitung zur Kolonisation die germanische Kolonisation selber treten. Denn obwohl eine Besiedlung unbewohnter Gegenden gewiss leichter durchführbar wäre, liegt für uns eine zwingende Notwendigkeit zur Kolonisation gerade hier, und zwar deshalb vor, weil wir im Westen, so unvermittelt im Rücken des Reiches, keinen Grundstock der uns fremden und gefährlichen Rasse mehr dulden dürfen, um vor rassenhaften und politischen Rückfällen gesichert zu sein, und weil wir mit unseren Kolonien direkt an das Mittelmeer und den Atlantischen Ozean vorrücken müssen, um durch die Pyrenäen den Weg zur pyrenäischen Halbinsel und von dieser aus die Verbindung mit Südamerika herzustellen, das einen Teil des neuen Reichs- und Wirtschaftsgebietes bilden muss.“

Wer erkennt hier nicht wesentliche

Befreiung

Wie sieht ein Befreier aus? Seltsame Frage. Er stürmt wie im Amoklauf brüllend herbei. Er frisst sich gleich einer ägyptischen Plage ins Land. Und der Antrittsgeschenke sind drei: der Hunger, das Kriegsheer, die Staatspolizei.

Wie sieht die Befreiung aus? Blickt in die Kerker, darinnen das Volk seine Freiheit genießt. Viel voller denn je sind die Zellen. Doch stärker wird täglich der Strom, der sich in sie ergießt, und fester der Ring, der die Opfer umschliesst.

Der brausende Jubel ist kaum noch zu zügeln. Die Sieger sind toll vor entfesselter Wut. Sie jauchzen und höhnen, erpressen und prügeln und rauben den Wehrlosen Heimstatt und Gut. Die Selbstmörder schießen in Scharen Salut.

Das Land in den Händen bewaffneter Horden, die Staatskasse kurzerhand abtransportiert, die Landesverräter mit Titeln und Orden und einigem Bargeld gar schön dekoriert, die Presse geknebelt, die Kunst kaserniert.

Sieht so die Befreiung aus? Seltsame Frage. Die Schergen sind frei und die Lumpen sind frei. Das Volk schleicht bedrückt durch die lärmenden Tage, geängstet, als ob es in Feindeshand sei. Sieht so die Befreiung aus? Seltsame Frage. Nein. Diese Art Freiheit hiess sonst: Tyrannei.

Hugin.

Reimer selbst hat am Beispiel Frankreichs gezeigt, wie er sich die Durchführung seiner Pläne denkt:

„Ich denke mir das unterworfenen Frankreich entsprechend seiner Bevölkerungszusammensetzung in drei Teile geteilt: 1. Norden und Nordwesten, 2. Zentrum, 3. Osten und Südosten.“

1. Der Norden und Nordwesten, ungefähr die Landschaften Artois, Picardie, Normandie umfassend, erlangt nach mehr oder weniger kürzerer Uebergangszeit, die in der bereits angedeuteten Art und Weise zur Rassenreinigung und Verdeutschung benutzt wird, die civitas Germanica. Ebenso ist gegen den wallonischen Teil von Belgien zu verfahren.

2. Das gegen Westen und Süden anstossende Zentrum (Bretagne, Maine, Anjou, Vendee, Saintonge, Angoumois, Poitou, Limousin, Perigord, Berry, Orleans, Touraine, Isle de France, Auvergne) mit einer Bevölkerung von etwa 20 Millionen könnte so weit selbständig bleiben als es mit der Oberhoheit des Reiches und mit der Eigenschaft des betreffenden Gebietes als Teil des deutschen Wirtschaftsgebietes und mit der allmählichen Verbreitung der deutschen Sprachkenntnisse vereinbar sein wird. Zur Erhaltung und allmählichen Auslese des hier lokal vielleicht noch ziemlich starken germanischen Elements soll die civitas Germanica dienen, teils für ganze Gemeinden, teils beschränkt sich äussernd für einzelne Individuen als connubium, also das Verbot der Vermischung mit solchen (den Anderen), die als Agermanen natürlich extra connubium stünden, teils als volle Zivität. Die Förderung von Kinderlosigkeit der Agermanen wäre auch hier wünschenswert

Elemente der Nationalsozialistischen Weltmachtsträume? Ist es nicht ein beängstigender Gedanke, dass sie für die von Reimer mit brutaler Offenheit dargelegten Methoden im deutschen Volke selber Generalproben veranstaltet haben? Niemand ziehe sich auf den falschen Trost zurück, dass im 20. Jahrhundert solche Dinge nicht möglich seien. Sie sind heute möglicher als 1905. Denn diese brutalen Ideen sind der Inhalt der „Dynamik“. Sie werden heute verwirklicht.

Jede Rede Hitlers, jede seiner Taten lehrt, dass er ihnen nachfolgt. Er ist nicht der erste, der die Randdeutschen beansprucht! Wir zitieren aus einem anderen Buche, dessen Gedankengänge ebenfalls mit „Mein Kampf“ verwandt sind. Dieses Buch, das im Jahre 1900 in Leipzig erschien, heisst: „Deutschland bei Beginn des 20. Jahrhunderts.“ Es heisst darin:

„Rings an unseren Grenzen wohnen viele Millionen von Deutschen, die wieder an uns zu ziehen unser natürliches Bestreben sein muss. Inzwischen hört man auch von unterrichteten und klugen Männern gegenüber der Idee, ein Alldeutschland zu schaffen, häufig die Entgegnung: „Ja, wohin mit den Tschechen, Slavenen usw.“, und dann bedeuten die katholischen Deutsch-Oesterreicher wirklich eine Verstärkung unserer Macht? Gegen den ersteren Einwand ist zu

sagen, dass ein Alldeutschland überhaupt nur möglich ist, wenn wir die slavische Vormacht, Russland, zerschmetternd geschlagen, geradezu wehrlos gemacht haben. Dann wird es aber auch, wenn Deutschlands siegreiche Heere von der Moldau bis zur Adria stehen, möglich sein, die nicht-deutsche Bevölkerung Zisleithaniens einfach anzuweisen, allenfalls zu entschädigen, aber tabula rasa zu machen und nun deutsch zu kolonisieren. Wir würden bei so ungeheueren Ereignissen nicht zögern, sowohl Frankreich wie Russland breite Landstriche abzunehmen und als Marken vor unsere West- und Ostgrenze zu legen. Die Räumung der betreffenden, möglichst grossen Gebiete durch die fremde Bevölkerung, allenfalls auch die Entschädigung dieser Bevölkerung durch die besiegte Regierung würde unseres Erachtens zu einer Bedingung des Friedens zu machen sein.

Dann kolonisieren wir. So denken wir uns die Ausdehnung unserer Grenzen in Europa.

Was die Furcht vor Rom betrifft, so glauben wir, wird der Widerstand der Kurie und ihrer Ableger gegenüber einem national durchzitterten, kriegsgewaltig dastehenden Alldeutschland zahm und zahmer werden.“

In diesen wenigen Auszügen aus der Literatur, an der sich Hitler geschult hat, ist alles enthalten, was das Wesen der Politik des Dritten Reiches ausmacht. Hier sind die Antworten auf die bänglichen Fragen vorweggenommen, die sich weitblickende Beobachter heute über die Zukunftsziele des Dritten Reiches stellen.

Durch diese ganze Literatur geht ein Grundgedanke, der wie man weiss das Leitmotiv von „Mein Kampf“ ist: Sicherung dieser Eroberungspläne durch die Zerschmetterung Frankreichs. Das kehrt immer wieder: bei Reimer wie bei Hitler wie in der gesamten alldeutschen Literatur. Die provozierendste Ausprägung neben Hitlers „Kampf“ hat dieses Motiv in einem alldeutschen Buch gefunden, das wir zum Abschluss zitieren wollen. Es handelt sich um ein 1911 erschienenes Buch von Otto Richard Tannenbergs, „Grossdeutschland“. Dieser Autor hat das Muster von der Pax Germanica aufgestellt, die Frankreich nach seiner Niederwerfung auferlegt werden sollte. Er schrieb:

„Der Krieg darf dem Unterlegenen nichts lassen, wie die Augen zum Weinen über sein Unglück, Bescheidenheit wäre für uns eine Torheit. Der Frieden zu Brüssel bestimmt:

§ 1. Frankreich tritt an Deutschland ab die Departements 85, Vogesen mit Epinal; 54 Mosel und Maas mit Nanzig und Lunstadt; die östliche Hälfte von 55 und 8, Mosel mit der Stadt Verdun und Ardennen mit Sedan; zusammen etwa 17 114 qkm. Diese neue Provinz erhält den Namen Westfranken.“

§ 2. Frankreich übernimmt die Einwohner dieser Gebiete und siedelt sie anderweitig an.

§ 3. Frankreich erklärt sich einverstanden mit dem Eintritt von Holland und Belgien in das Deutsche Reich.

§ 4. Frankreich übernimmt die in Belgien wohnenden Wallonen zur Ansiedlung in den menschenleeren Gebieten Frankreichs.

§ 5. Frankreich tritt den Besitz der Russland geliehenen zwölf Milliarden Mark an Deutschland ab.

§ 6. Frankreich zahlt an Grossdeutschland 35 Milliarden Mark in bar.

§ 7. Frankreich erklärt seine Zustimmung zum Eintritt von Luxemburg und der Schweiz in das deutsche Reich.

§ 8. Frankreich ist einverstanden mit den Veränderungen, die das deutsche Volk an seinen Süd- und Ostgrenzen vornimmt.

§ 9. Frankreich verzichtet auf seine Flotte, die in den Besitz des Deutschen Reiches übergeht.

§ 10. Frankreich verzichtet auf seine Kolonien mit Ausnahme von Algier zugunsten von Grossdeutschland.“

Wahnwitzige Phantasien? Es hat seitdem die Friedensschlüsse von Brest-

Wo die Tugend siegt

Bemerkungen über nationalsozialistische Rhetorik

Für den politischen Psychologen kann es nicht leicht ein interessanteres Studienobjekt geben als die letzte Reichstagsrede Hitlers. In ihr kam mit voller Deutlichkeit zum Ausdruck, was die Stärke dieses erfolgreichsten Redners unserer Zeit ausmacht: sein *moralisches Pathos*. Hitler argumentiert niemals, er moralisiert immer. Seine Siege sind niemals Siege der Stärke über die Schwäche, der List über die Arglosigkeit, sondern immer Siege der *Tugend* über das Laster.

Warum ist Hitler in Oesterreich einmarschiert? Nur, weil er nicht mehr ansehen konnte, wie die armen Oesterreicher von Schuschnigg unterdrückt wurden! Wer kann gegen sein gutes Herz? Und so kam er und machte die Oesterreicher frei. Er stellte die Ehre und Würde des deutschen Volkes wieder her, die Schuschnigg so grausam gekränkt hatte. Wo die Ehre und Würde des deutschen Volkes auf dem Spiele stehen, da lässt er eben nicht mit sich spassen.

Nun hat in Oesterreich, auch bevor Hitler kam, kein Mensch anders als deutsch gesprochen, die Zeitungen waren deutsch, die Schulen waren deutsch, die Grabsteine waren deutsch. *Südtirol* aber ist auch von Deutschen bewohnt, und doch sind die Zeitungen, die Schulen und die Grabsteine sogar alle italienisch. Was macht das gute Herz, und wie steht es mit Ehre und Würde der deutschen Nation? Sofort werden diese Tasten der moralischen Klaviatur verlassen und

Litowsk, von *Bukarest*, und von *Ver-sailles* gegeben. Wir erlebten den abessinischen, den spanischen und den chinesischen Krieg. Hitler ist auf dem Marsche. Oesterreich ist annektiert, die Tschechoslovakei als nächstes Opfer stigmatisiert. Die Schweiz zittert, dass Hitler ihr das Schicksal bereiten könne, das die alldeutschen Schriftsteller ihr seit 30 Jahren zgedacht haben.

Wer möchte sich verbergen, dass diese Phantasien von damals die Ziele der braunen Gewaltmenschen von heute sind?

andere angeschlagen. Hoch klinge das Lied von Dankbarkeit und Treue.

Mussolini hat mit den Händen in den Taschen der Vergewaltigung Oesterreichs, dessen Unabhängigkeit er garantiert hatte, zugesehen; durch diese Passivität wurde der Anschlag — anders als im Sommer 1934 — erfolgreich. Also hatte er etwas Gutes getan, und man muss ihm die Treue halten. Treue und Dankbarkeit sind die schönsten deutschen Tugenden. Treue und Dankbarkeit gebieten, dass die Grabsteine in Deutsch-Südtirol italienisch bleiben.

Nun wage einer zu kommen und zu sagen, die Gesetze der Ehre und Würde müssten nach allen Seiten gleichmässig angewendet werden, und was für die Oesterreicher recht sei, das sei für die Südtiroler billig. Ein Hagel der Entrüstung würde den Unglücklichen erschlagen, eine Sintflut moralisierender Redensarten würde ihn ertränken. Den Rest würde die Gestapo besorgen.

Es geschieht in Deutschland und durch deutschen Einfluss in der Welt mancherlei und sehr verschiedenes. Aber wer Hitler hört und ihm glaubt, wird finden, dass all dieses verschiedene und oft sehr widerspruchsvolle Geschehen einzig und allein auf *sittliche* Beweggründe zurückgeht. Hitler und seine Palladine sind stets wahrheitsliebend, ehrenhaft, edel, gerecht und grossmütig. Ihre Feinde sind stets gemein, niederträchtig und ehrlos. Werden sie ermordet, so hat man die Welt vor ihnen gerettet. Denjenigen aber, die noch nicht ermordet sind, hat man das Leben, das sie eigentlich längst verwirkt hatten, grossmütig geschenkt.

Es liegt in der Natur der Sache, dass man von allen Tugenden, die es gibt, die patriotischen ganz besonders für sich in Anspruch nimmt. Von Volk und Vaterland redet man stets so, als ob man sie mehr liebt als alle anderen, und man rechnet sich dieses Plus als Verdienst an. Cordelia in Shakespeares „König Lear“ liebt und schweigt. Und in dem schönsten deut-

schen Kriegsgedicht, dem Werk eines Sozialdemokraten, heisst es:

Als man uns rief, da zogen wir schweigend fort,

Nicht auf den Lippen, aber im Herzen das Wort Deutschland.

So der echte Frontsoldat. Der nachgemachte, für den patriotischen Massenkonsum hergerichtete, kann nicht den Mund auf tun, ohne dass ihm mit dem Speichel das Wort Deutschland von den Lippen fliesst. Auf alle Fälle und unter jeglichen Umständen ist er patriotisch, heldenhaft und so edel, wie nur irgendein geschundener Raubritter in einem Zehnpfennigroman, über den Köchinnen Tränen der Rührung vergiessen.

In Ländern demokratischer Kultur versteht sich das Moralische von selbst. Und das Patriotische auch. Bis zum Beweis des Gegenteils nimmt man von seinem politischen Gegner an, dass er genau ebenso anständig ist, wie man es selbst zu sein glaubt und dass er genau ebenso für das eigene Land und Volk das Beste will. Der gestürzte Minister reicht dem siegreichen Gegner die Hand. Der geschlagene Kandidat in englischen Wahlkämpfen gratuliert dem Sieger und erklärt, der Wahlkreis könne auf einen so hervorragenden Vertreter stolz sein. Der politische Kampf wird nicht auf der moralischen Ebene geführt, sondern auf der sachlichen. „Mein Gegner“, so heisst es dort, „will das Beste, aber er irrt.“ „Seht diesen Schurken!“ heisst es hier.

Woher dieser Unterschied? In der Demokratie will man wohl einen Gegner von der Macht fernhalten, aber man will ihn nicht vernichten. Man anerkennt sein Recht auf Existenz, seine notwendige Funktion in der Opposition. Im Wesen der Diktatur liegt es aber, dass sie ihre Gegner um jeden Preis und mit allen Mitteln zu vernichten bestrebt sein muss. Wenn man darauf ausgeht, seine politischen Gegner durch Mord zu erledigen oder auf dem Schaffot zu töten oder sie in Konzentrationslagern und Zuchthäusern sterben zu lassen, dann kann man

unmöglich zugeben, dass diese Gegner anständige, rechtschaffene, um das Wohl des Landes ehrlich besorgte Menschen sind, sondern man muss sie als einen Abschaum der Menschheit schildern, dessen Vertilgung mit allen Mitteln erlaubt und geboten ist.

Die Nazi kennen sehr gut die Macht der sittlichen Gefühle des Volkes, und sie verstehen es meisterhaft, diese Macht zu ihren Gunsten auszunutzen. In demselben Masse, in dem sie ihre Feinde als Verbrecher, Vaterlandsverräter und Untermenschen hinzustellen lieben, rühmen sie sich selber als Söhne des Lichts und Träger aller männlichen Tugenden. Sie machen aus Schwarz Weiss, aus der Schande, die sie über Deutschland gebracht haben, eine wiederhergestellte Ehre, aus der militärischen Vergewaltigung eines Landes eine Befreiung, aber sie machen das mit einer Virtuosität, dass dem unkritischen Zuhörer dabei Hören und Sehen vergeht. Hitler selbst ist in dieser Kunst der unübertrefflichen, unbestrittene Meister.

Man muss also die erstaunliche Tatsache verzeichnen, dass eine Politik des Bösen, wie sie die Weltgeschichte bisher sonst nicht kannte, ihre Kraft schöpft aus ständig wiederholten Appellen an den gesunden Sinn des Volkes für das Gute. Die demagogische Rhetorik wirkt als Transformator, der die sittlichen Kräfte der Nation für eine Politik der grauenhaftesten Unsittlichkeit umformt und nutzbar macht. Der berühmte Satz Hegels: „Jeder Gegensatz ist in seinem Gegensatz aufgehoben und aufgehoben“, findet in diesem Ineinanderwirken von Moral und Verbrechen eine plastisch wirkende Illustration.

Wo ist die Faust, die kräftig genug ist, den Hebel herumzureissen, dem Missbrauch der besten Eigenschaften des Volkes ein Ende zu bereiten, die sittlichen Kräfte der Nation wieder in die richtige Richtung zu bringen, sodass sie das politische Verbrechen, das Deutschland heute beherrscht, nicht mehr tragen, sondern hinwegschwemmen? Wer wagt es über dieses moralheuchelnde Missetätertum die Wahrheit zu sagen, die ganze Wahrheit? Wo bleibt der sittliche Befreier, der grosse Bussprediger dieser Zeit? F. St.

Gemeuchelt

Calibans Angst vorm Wort

Die neudeutsche Presse ist voll von Versicherungen, dass sich das Dritte Reich nach allgemeinen Pressefrieden sehne. Aber leider gäbe es im Ausland noch zahlreiche Blätter, die von der Druckschwärze einen vergiftenden Gebrauch machten. Der Pressedietrich hat sogar eine Broschüre gegen „das internationale Pressepiratentum“ losgelassen.

Nachdem er darin die Pressefreiheit hinreichend madig gemacht hatte, lud er am 8. März die ausländische Diplomatie und Pressevertreter zu einem Empfangsabend ein, um in einer Rede zum „Kampfe gegen die Lüge in der Berichterstattung“ aufzurufen. Er pries die Pressefreiheit in Deutschland und Italien als „ersten Schritt“ zu einer vernünftigen zwischen-staatlichen Pressepolitik und als Weg zur „Entgiftung der internationalen Atmosphäre“. Dann ging es weiter:

„Es ist nun an den anderen, uns zu folgen, wenn es ihnen ernst ist mit den Friedenswünschen. Der Abbau der Hetz- und Verleumdungsschranken zwischen den Völkern, der den Interessen aller Nationen und dem Wohle aller Völker dient, wird um so schneller kommen, je eher die verantwortlichen Staatsmänner in allen Ländern den Willen ihrer Völker in dieser Frage begriffen haben und den Mut aufbringen, diesem Willen Geltung zu verschaffen.“

Es gibt keine Presse, die so masslos und gewissenlos gegen andere Völker gehetzt hat, wie die Hitlersche. Man denke an die Kampagne gegen Litauen, gegen Oesterreich, gegen die Tschechoslovakei. Die

Männer der sowjetrussischen Regierung ebenso wie die Vertreter des demokratischen Spaniens sind im Jargon der Goebbelspresse nichts als „rote Strolche“, Lumpen, Gesindel und Bluthunde. Eine Steigerung dieser verleumderischen Schimpforgie ist kaum denkbar. Und das beschuldigt die Anderen der Verleumdung und lügenhaften Berichterstattung! Wer über die Abwürgung Oesterreichs wahrheitsgetreu berichtet, wer Hitlers Ultimatum an Schuschnigg auch nur ein Ultimatum nennt, vergiftet die internationale Atmosphäre. Wer über die Jagd deutscher und italienischer Flieger auf spanische Frauen und Kinder berichtet, ist ein Pressepirat. Mit dieser Stirn hat sich der Ober-Terrorist in seiner Reichstagsrede über den „Schuschniggischen Terror“ entrüstet; mit dieser Verlogenheit hat man einen Teil der Welt verwirrt und sucht sie noch mehr zu verwirren.

Aber warum bleibt Dietrich nur bei der Presse, warum geht er so scheu um die *Literatur* herum? Im Dritten Reiche sind zahlreiche Bücher erschienen, die in der schamlosesten, lügenhaftesten Weise gegen andere Nationen hetzen. Nicht nur gegen Sowjetrussland oder das demokratische Spanien, sondern ebenso gegen *Polen*, *Tschechoslovakei*, *Frankreich*, *England*. Wir haben mehrfach Proben aus dieser vergiftenden Belletristik gebracht. Einer dieser neueren Hetzromane, der des Standardenführers Paust, ist sogar prämiert worden. Und die neudeutsche Presse preist all diese verlogenen Hetzschwärze mit vollen Backen an. Die Auslandspresse jedoch soll nicht einmal über Guernica berichten.

Dachigiskan hatte es gut; er fand in den von ihm bedrohten Ländern keine Presse vor. Und wenn, dann hätte es ihm nicht viel ausgemacht. Raubzüge und bestialische

Unterjochungsabsichten brauchten damals noch nicht gelehnet zu werden. Die Bestie war ehrlich. Offiziös galten noch keine christlichen Gebote. Hätte den blutigen Kan jemand gefragt, ob seine Ueberfälle nicht doch gemeine Raubzüge seien, so hätte er fragen können, in welcher Welt der Fräger eigentlich lebe. Wenn heute jedoch Juden, Marxisten, Liberale usw. en masse geplündert werden und ihr Eigentum mit fünfundzwanzig Prozent des Wertes hergeben müssen, so ist das Welterneuerung und moralische Reinigung. Und wenn irgendwo die Presse darüber berichtet oder Erpressung eben Erpressung nennt, so vergiftet sie die internationale Atmosphäre. Wenn aus Wien in einer Nacht über sechzig Selbstmorde gemeldet werden, so zehrt die Nazipresse wider die unerhörten Uebertreibungen, und offiziös wird dann der United Press berichtend mitgeteilt, es seien in Wien vorläufig nur 53 Selbstmorde gezählt worden. Nur dreifundfünfzig. Höchstens Schwachnervige oder Uebelwollende können sich über eine solch kleine Serie Toter aufregen. Ihr seht doch, wie rasch sich die Welt daran gewöhnt. Kein Staatsmann, der an weithin sichtbarer Stelle seine Stimme erhebt. Nur da und dort einige Blätter, die wegen ein paar Dutzend Toten von Greuel und Schande reden. Diese unwahre Berichterstattung, diese gehässigen Uebertreibungen müssen aufhören, denn sie vergiften die internationale Atmosphäre und lassen die Völker nicht zur Ruhe kommen.

Es ist klar, um was es den faschistischen Despoten mit dem „Pressefrieden“ geht. Wo die Staatsmänner schweigen, reden noch immer Auslandsblätter, einige sogar recht deutlich. Das freie Wort muss gedroselt werden. Das freie Wort ist eine Welt-

macht und beschränkte es sich nur auf die Wiedergabe der Tatsachen, der grauenhaften Wirklichkeit. Nach dem 5. März hat Göring einem Naziprominenten erklärt:

„Unsere gefährlichsten Gegner sind jetzt die Schreiber, die im Ausland sitzen. In den eigenen Ländern hat der Faschismus die Wahrheit unter Verschluss gesetzt, nun soll sie auch im Ausland gemeuchelt werden. Man braucht einen europäischen Vormärz, um Europa und die umliegenden Kontinente zu verschlucken. Man fürchtet für den Kriegsfall die Wut der gut informierten Völker. Darum soll nur gegen den Bolschewismus gehetzt werden, gegen den „Bolschewismus“ in Spanien, Frankreich, England, im Vatikan, in der Kirche, im Hause Habsburg, in Amerika, in Roosevelts Familie und überall dort, wo sich Menschlichkeit und Demokratie gegen den Barbarismus regen.“

Darum geht es den Diktatoren des „Pressefriedens“. Denn der neue Caliban fürchtet sich vorm Lesen und Schreiben.

B. Br.

Der Bock als Ziergärtner

Wie „das Volk bei der Arbeit“, so muss man die nationalsozialistische Partei bei den von ihr veranstalteten *Tagungen* aufsuchen. Erst dann wird man sie in ihrem innersten Wesen ganz begreifen.

In Köln tagten z. B. die rheinischen Gärtner. Nein, nicht die rheinischen Gärtner, sondern: „die Landesfachgruppen *Blumen und Zierpflanzen sowie Gartenan-führung und Friedhofsgärtnerei der Landesbauernschaft Rheinland und der Landes-gruppe Rheinland im Reichsverband der*“

Schädiger des Volkswohles

Strenge gegen die armen Leute

In einem „Rechtsunsicherheit“ betitelten Artikel berichteten wir kürzlich darüber, dass sich die Gerichte der ersten Instanz in steigendem Masse nicht mehr an die Rechtsprechung des Reichsgerichts gebunden halten, sondern gegen seine ausgesprochene Rechtsauslegung entscheiden. Heute handelt es sich wieder um ein Reichsgerichtsurteil (4. November 1937 — 3 D 831-37; J. W. 1938 S. 450), in dem der oberste Gerichtshof über diesen Misstand erneut Klage führt.

Der Angeklagte hat in den Strassen der norddeutschen Stadt J. Lose für das Winterhilfswerk verkauft und sich dabei durch Betrug kleinere Summen angeeignet. Der Tatbestand ist im einzelnen nicht veröffentlicht. Es ist aber anzunehmen, dass er, wie es häufig vorkommt, die Lose widerrechtlich geöffnet und die Treffer eingehoben hat. Jedenfalls hat das Landgericht entschieden, dass der Angeklagte „das Wohl des Volkes geschädigt“ habe und daher nach der Strafverschärfungsvorschrift des Paragraphen 263 Abs. 4 St. G. B. mit Zuchthaus zu bestrafen sei, während das Reichsgericht, unter Hinweis auf seine frühere Rechtsprechung, ausgeführt hat:

„Für die Frage, ob eine Straftat das Volkswohl geschädigt hat, können aber auch mitentscheidend die Persönlichkeit des Täters und die Umstände sein, die ihn zur Tat gebracht haben. Die Urteilsgründe lassen nicht erkennen, ob das Landgericht in dieser Richtung Erwägungen angestellt und geprüft hat, inwieweit die Folgen der Tat dadurch beeinflusst werden könnten und mussten, dass der Täter, ein kleiner Losverkäufer, ohne jeden Einfluss bei der Einrichtung der Arbeitsbeschaffungslotterie, bei der Partei und im Leben der Volksgenossen war und dass er sich in wirtschaftlicher Bedrängnis an den Gewinnen mit nicht sehr erheblichem Werte vergriffen hatte.“

Der Fall lohnt eine eingehendere Betrachtung, weil der Kampf, der sich seit vier Jahren über die Auslegung dieser Gesetzesbestimmung abspielt, zeigt, was in der Praxis aus den tönenden Worten geworden ist, mit denen die NSDAP. das deutsche Volk geködert hat.

Die Gesetzesvorschrift geht auf das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zurück. Es heisst dort unter Ziffer 18:

„Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.“

Um dem Programmpunkt zum Leben zu verhelfen, änderte die Naziregierung in einem ihrer frühesten Gesetze — vom 26. Mai 1933 (R. G. Bl. I S. 295 ff.) —

das Strafgesetzbuch in folgender Weise: es fügte dem Paragraph 263 StGB., der Betrug mit Gefängnis bedrohte, einen Absatz 4 an, in dem es heisst:

„In besonders schweren Fällen tritt an die Stelle der Gefängnisstrafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt insbesondere dann vor, wenn die Tat das Wohl des Volkes geschädigt oder einen anderen, besonders grossen Schaden zur Folge gehabt oder der Täter besonders arglistig gehandelt hat.“

Dieselbe Strafverschärfung wurde als Absatz 2 in Paragraph 266 StGB. eingeschoben, der früher Untreue, d. h. von beamtenähnlichen Personen begangene Unterschlagung mit Gefängnis bedrohte.

Nun ist es interessant, nachzuprüfen, was die Gerichte in der Praxis mit diesen Gesetzesbestimmungen angefangen haben. Wir führen infolgedessen die seit 1934 ergangene Entscheidungen, soweit sie veröffentlicht worden sind, vor.

Der erste Verbrecher, der die Schärfe des neugeschliffenen Schwertes zu spüren bekam, war ein Arbeitsloser, der die Krisenunterstützung unberechtigt in Anspruch genommen hatte und von dem es im Tatbestand des Urteils — RG. v. 8. 6. 34, J. W. 34, S. 2146 — hiess:

„Der Angeklagte hat die zu Unrecht empfangenen Unterstützungen lediglich zur Befriedigung notwendiger Lebens- und Kleiderbedürfnisse seiner Familie verwendet, um sich und seine minderjährigen Kinder dadurch gesund zu erhalten.“

Das Reichsgericht liess die verschärfte Bestrafung mit Zuchthaus bestehen, hob jedoch im nächsten Urteil den Spruch des Landgerichtes gegen einen Angeklagten auf, der das Winterhilfswerk um 64,80 Reichsmark geschädigt hatte (RG. vom 14. 9. 34, J. W. 35 S. 290). In diesem Urteil, wie in den darauf folgenden, versuchte das Reichsgericht, den Landgerichten klar zu machen, dass man dertartig hilflose kleine Betrüger aus Not nicht als Volksschädlinge bezeichnen könne, so z. B. in einem Falle, in dem ein unbedeutender Kassensführer eines kleinen Bezirkes in mässigen Grenzen bleibende Parteigelder unterschlagen hatte. Im Gegensatz hierzu bestrafte es allerdings wieder den nächsten Arbeiter, der ihm unter die Finger kam, und der sich 12,40 Reichsmark Krankengelder aus der A. O. K. erschwindelt hatte, mit Zuchthaus. Im Falle dieses Arbeiters fand es seine empörte Sprache wieder und sagte — RG. v. 17. 1. 35, J. W. 1935, S. 1415:

„Dieses grosse Werk der Sozialversicherung ist also eine gerade für den Arbeiter lebenswichtige Einrichtung, die ihn vor Elend und Not bewahren soll. Sie kann nur gedeihen, falls die Arbeiter sie nur dann in Anspruch nehmen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die sozialen Lei-

stungen gegeben sind. Wer aber, wie der Angeklagte, sich durch Vorspiegelung der eigenen Krankheit Bezüge aus der Krankenkasse beschafft, . . . ist ein Schädling.“

Und mit dieser Begründung schickte das Reichsgericht den angeklagten Arbeiter auf Jahre ins Zuchthaus. Das war selbst dem Professor Siegert zu viel, der das Urteil in der „Juristischen Wochenschrift“ 1935 S. 1416 besprach und sagte, es hiesse mit Kanonen nach Spatzen schießen, wenn man die Strafverschärfung auf einen Notbetrug in Höhe von 12,40 Reichsmark anwende. Leider ist anzunehmen, dass der Delinquent die trostreichen Worte in seiner Zuchthaushaft nicht zu Gesicht bekommen hat.

Das nächste Reichsgerichtsurteil vom 8. 11. 34 ist uninteressant. Es bestraft verschärft offenbar einen Handwerker, der sich Arbeitsbeschaffungsgelder des Reichszuschusses zu Unrecht verschafft hat. Ebenso wenig ist der Tatbestand aus dem Reichsgerichtsurteil vom 17. 6. 35 zu entnehmen; dort war die Kriegsofferversorgung um einen geringfügigen Betrag geschädigt worden, und das Reichsgericht hatte die verschärfte Verurteilung ebenso aufgehoben wie in dem Urteil vom gleichen Tage — J. W. 1935 S. 2964 —. In diesem Falle hatte ein minderjähriger Losverkäufer der Winterhilfswerklotterie 120 Reichsmark veruntreut.

Es ist unnötig, die weiteren Urteile — RG. v. 11. 7. 35, J. W. 1395, S. 2965 —, RG. v. 3. Mai 35 J. W. 1935, S. 2201 —, RG. v. 3. Mai 35 J. W. 35 S. 2054 —, RG. v. 30. 7. 35, 4 D 665-35 (unveröffentlicht) —, RG. v. 20. 2. 36, J. W. 36 S. 1297 — im einzelnen zu besprechen. Die Tatbestände gleichen einander; auffallend. Zum Beispiel im Urteil vom 27. 11. 35, J. W. 36 S. 455 wird ein Fall behandelt, in dem ein kleiner Angestellter die NSV. um 135 Reichsmark geschädigt hatte. Interessant ist vielmehr, wie sich unter dem Einfluss der Erziehungsarbeit der Nazis die Ansicht der wissenschaftlichen Kritik gewandelt hat. Während sie früher die rebellierenden Landgerichte mit den gleichen Argumenten wie das Reichsgericht zur Ruhe wies, erklärt heute Professor Dr. Erich Schwinge aus Marburg an der Lahn in der Besprechung des Urteils von dem wir ausgegangen sind, J. W. 1938 S. 450:

„Der Umstand, dass das Reichsgericht immer wieder gezwungen ist, Entscheidungen der Untergerichte als nicht im Einklang mit seiner Rechtsprechung stehend, aufzuheben, ist ein Beweis dafür, dass diese weithin nicht verstanden wird. In der Tat gibt die Haltung des Reichsgerichts hier zu stärksten Bedenken Anlass. Dies gilt insbesondere für die rechtliche Würdigung

der Veruntreuung oder Erschwindelung kleinerer Geldbeträge . . . Das Problem, um das es hier geht, — Sauberkeit des staatlichen und politischen Lebens —, verträgt kein solches Kompromiss. Ebensowenig kann ins Gewicht fallen, ob sich der Täter in guten oder schlechten Vermögensverhältnissen befand, denn der Gesetzgeber hat bei den beiden Gesetzesvorschriften bewusst von der Persönlichkeit des Täters abgesehen und alles auf die Folgen der Tat abgestellt. Man kann deshalb nur wünschen, dass das Reichsgericht aus der hartnäckigen Opposition der Untergerichte die Folgerungen ziehen möge.“

Professor Schwinge hätte sich nicht derart erregen müssen. Wie wir bei unserer Untersuchung gesehen haben, hat das Reichsgericht jeden Arbeiter, der „das Wohl des Volkes schädigte“ verschärft bestraft. Was uns auffällt, ist die Tatsache, dass in keinem bis heute nach Erlass des Gesetzes ergangenen Urteil ein Fall zur Sprache gekommen ist, in dem ein Mann in guter Vermögenslage ein Schädiger des Volkes gewesen wäre. Auch Professor Schwinge wird uns ein solches Urteil nicht nachweisen können, denn es ist keines veröffentlicht worden. Profoss

Tarnung überall

In den Regierungsbezirken Köln und Aachen sind, wie berichtet wurde, vor kurzem die katholischen Jungmänner-Vereine aufgelöst worden. Man hatte diese Massregel mit dem Kampf gegen die Kirche in Zusammenhang gebracht und gewiss mit Recht, denn die Hunderttausende von organisierten katholischen Jungmännern waren eine ständige Bedrohung des Monopols der Hitlerjugend.

Das war es aber nicht allein! Die „Nationalzeitung“ in Essen begründet diese Massregel mit der Tatsache, dass die katholischen Jungmännervereine „mehr und mehr ein Sammelbecken politisierender Gegner des Nationalsozialismus zu werden drohten.“ Man habe bei den verantwortlichen Stellen der Partei schon lange bemerkt, dass die Zahl der Mitglieder dieser Verbände gegenüber 1933 garnicht so stark gewesen sei, wie man hätte annehmen müssen. Dabei enthüllte das Essener Blatt:

„Gerade in letzter Zeit sind zahlreiche Neueintritte erfolgt, da sich die Mitglieder der aufgelösten politischen Jugendverbände hier eine neue Zuflucht suchten. Man sah nun plötzlich in der Kirche Gesichter, die wir früher nur aus Begegnungen mit roten Verbänden kannten. Diese Gegner des Nationalsozialismus bekamen immer stärkeren Anteil an der Führung der katholischen Jugend, sehr zum Leidwesen aller ehrlich denkenden Mitglieder, die aus einem Rest von religiöser Überzeugung bei der Stange geblieben waren. Wenn man mit den geistlichen Leitern darüber sprach, bekam man immer dieselbe Antwort: „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht . . .“

Es ist schwer festzustellen, in welchem Umfange diese Behauptung berechtigt ist. Jedenfalls hat sie das wirksame Stichwort zur Begründung der „Staatsgefährlichkeit“ der katholischen Jugendorganisationen gegeben.

Gartenausführenden und Friedhofsgärtner“. Sie sprachen nicht über Fragen, die einen Gärtner, ob er nun Gärten „ausführt“ oder Friedhöfe hegt, gemeinhin zu interessieren pflegen, sie sprachen nicht über Düngung und Bewegung, nicht über Gewächshausanlagen und Neuzüchtungen. Sie sprachen genau genommen überhaupt nicht. Es sprachen zu ihnen ein „Landesbetrat Blumen- und Zierpflanzenbau“, ein Gartenbaurat, ein Reichsunterabteilungsleiter, ein Landesunterabteilungsleiter, ein simpler Doktor — Fachmann für Vererbungsfragen — und endlich ein Landesgruppenleiter. Was sie sagten, war natürlich „grundsätzlich“. Im Dritten Reich wird grundsätzlich nur grundsätzlich gesprochen, und dieser Umstand mag mit Schuld daran tragen, dass im praktischen Leben die Grundsätze etwas zu kurz kommen und auf allen einzelnen Gebieten der Wirtschaft, des Handwerks, des Ackerbaus, des Schulwesens ein heillosen Wirrwarr herrscht.

Der Herr Gartenbaurat sprach „in längeren Ausführungen über grundsätzliche Einstellung und Aufgaben der Gartenausführenden und Friedhofsgärtner“. Wir zitieren wortgetreu die „Kölnische Volkszeitung“ Nr. 37:

„Trotz der schwierigen Ernährungslage und der Notwendigkeit, den Boden ausserordentlich auszunutzen, dürfe der Blumen- und Zierpflanzenbau nicht vergessen werden. Denn Anblick und Pflege von Blumen seien als Kraftquell seelischer Art nicht zu unterschätzen. Allerdings müsse sich auch der Blumenbau der heutigen Baugesinnung anpassen und überall helfen, das Gesicht der deutschen Landschaft zu gestalten. Dabei sei der heimischen Pflanze nach Möglichkeit immer der Vorzug zu geben.“

Zum Schluss sprach der Redner von

den Eigenschaften der Kameradschaft, der Verantwortlichkeit, der charaktervollen Verlässlichkeit, dem Einsatz für die Allgemeinheit, die neben den selbstverständlichen gärtnerisch-technischen Fähigkeiten jeden Gärtner zu einem wertvollen und nützlichen Glied des deutschen Volkes mache.“

Der Reichsunterabteilungsleiter, ein Professor Ebert aus Berlin, verstieg sich noch höher. Sein Thema lautete: „Sinn und Ziel der Sortenordnung im Blumen- und Zierpflanzenbau“. Er sprach nicht über die Sortenordnung selbst. Welche Idee auch! Er sprach über „Sinn und Ziel der Sortenordnung“:

„So selbstverständlich, wie sich die Forderung auf dem Gebiet des Gemüsebaues und des Obstbaues und damit auf den zugehörigen Teilen des Samenbaues und der Baumschulen nach einer nachhaltigen Ordnung im Sortenvielerlei durchsetze, so müsse auch für das Gebiet des Zierpflanzenbaues eine sinngemäss gleiche Ordnung erreicht werden, die dem Zierpflanzen- und Blumenbau und auch den Gartengestaltungen, Gartenausführenden und den Friedhofsgärtnern zugute käme. Der an sich schon knappe Bodenraum könne nicht für in ihrem Wert längst überholte Zierpflanzenarten freigegeben werden, der Verbraucherschaft müsse im Zuge der Kulturförderung das Beste angeboten werden, was deutsche Züchter hervorbringen konnten. Sichtung und Ordnung müsse im Zierpflanzenbau und im Blumenbau so gut sein wie in jedem andern Bezirk des neuen Deutschland.“

Der nächste Schritt ist, dass Vergissmeinnicht und Männertreu als „längst überholte Sorten“ für ein Jahr ins Schulungslager gesteckt werden.

Wenn man noch den üblichen „begeisterten Beifall“ hinzunimmt, ist das Bild der

ganzen Tagung komplett. Ein Diskussion fand nicht statt, war auch überflüssig, weil nicht mal die Redner selbst ihre Worte ganz verstanden hatten. Ueber-, Unter- und Zwischenorganisation, Titelsucht, Aufgebläsenheit, ein unappetitlicher Brei hochtrabender und unverdaulicher Phrasen, Uniformismus bis hinunter zu den Blauvegelein. Im Hintergrund als das einzig Reale: die „schwierige Ernährungslage“.

Nur eine Gärtner-tagung. Aber sie spiegelt das Dritte Reich besser, als selbst die Satire es vermöchte.

Grenzen des Terrors

Wenn ein deutsches Blatt zu meckern wagt, hängen sich sofort einige andere an und zitieren die interessante Stelle unter „Meinung der Anderen“ oder „Signale“ oder „Stimmen der Zeit“ — und wie die Rubriken sonst noch heissen, für die eine Redaktion nicht verantwortlich gemacht werden will. Gegenwärtig macht das folgende Zitat aus der „Deutschen Wochenschau“ die Runde:

Terror ist ein Verfahren, das selbst bei dem fatalistischen und geduldigen Slawen seine Grenzen hat. Der Slawe hat wohl niemals das empfindliche Rechtsgefühl, wie es z. B. der Deutsche besitzt, dem es sehr bald unmöglich ist, etwas zu ertragen, was die klaren Grenzen des Rechtsstaates verwirrt und verwischt, aber auch der Slawe fühlt und ahnt es, dass ein Staat nur hält und dauert, bei dem nicht ewig Macht vor Recht geht, nicht ewig einzig und allein die Willkür regiert, lediglich die Launen der Machthaber und ihrer Kreaturen massgebend sind und allen Gesetzen und Regeln Hohn gesprochen wird. Die Geschichte lehrt es im-

mer wieder — und zwar die Geschichte der Revolutionen —, dass Willkür immer von einer Gegen-Willkür abgelöst wird und sich rächt an dem, der Willkür ausübt. Terror ist staatszerstörend, denn er untergräbt jedes Vertrauen zum Staat und seinen Organen, und selbst im alten Russland konnte der Glaube an den schicksalsmässigen Willen des Zaren nicht den Mangel an Vertrauen ersetzen, dem das absolute Zarentum ausgesetzt wurde. Denn wo das Vertrauen schwindet, schwindet logischerweise auch der Glaube.

Wenn auch für eine Zeilang der harte brutale Zynismus mit seinem Terror siegt, so fragt es sich: auf wie lange? Das gegenseitige Abschlichten nimmt kein Ende mehr, und es ist so, wie es Goethe sagt:

Jeder dieser Lumpenhunde, wird vom andren abgetan!
Zu guter Letzt verschlingt jeder Terror sich selbst.“

Es ist für den Zensor schwierig, gegen diese Wahrheit anzukämpfen. Alle, die sie nachdrucken, lasen und verbreiteten, haben natürlich ohne Ausnahme nur an Russland gedacht.

Der Werberat der deutschen Wirtschaft ist ungehalten darüber, dass man bei der Wirtschaftswerbung das Wort „Rasse“ zu einem „gedankenlos gebrauchten Schlagwort“ herabwürdigte. Man verwende es vielfach auch in den Zeitungen, bei denen biologische Gesichtspunkte keine Rolle spielen. Es ginge nicht an, von „rassigen Schuhen“, „rassigen Hüten“, „rassigen Kraftwagen“ zu sprechen. Andererseits aber dürfe man Weine, Tabak, Pferde und Hunde als rassig bezeichnen, weil es sich hier um „Gegenstände organischer Art“ handle.

Wehrpflicht ohne sozialen Schutz

Ein Vergleich zwischen 1918 und 1938

„Wann ist jemals für den Arbeiter mehr gesorgt worden?“ Mit dieser Frage wollte der Führer in seiner Botschaft vom 20. Februar die sozialpolitischen Leistungen der Nazis seit 1933 zum Ausdruck bringen. Seine mehr zahlreichen als richtigen Zahlen sind inzwischen von der europäischen Öffentlichkeit gründlichen Korrekturen unterzogen worden. Was vom gerechten Lohn, vom Recht auf Arbeit und von der Ehre des Arbeiters im Dritten Reich zu berichten ist, haben wir ebenfalls des öfteren ins Licht der Wahrheit gerückt. Man hätte nun mindestens erwarten sollen, dass im Lande der totalitären Kriegswirtschaft ein sozialer Mindestschutz für die Wehrpflichtigen geschaffen worden wäre. Aber weit gefehlt.

Am 16. März 1935 hat Adolf Hitler die deutsche Wehrfreiheit verkündet. Drei Jahre später sind aber die rechtlichen Beziehungen zwischen Wehrdienst und Arbeitsverhältnis noch so gut wie unregelt. Die Deutsche Arbeitsfront erklärt wohl mit nichtssagenden Phrasen:

„Für den nationalsozialistischen Staat war es ebenso eine Ehrenpflicht, den beruflichen Auswirkungen, denen der Wehrpflichtige durch Ableistung seiner Dienstpflicht unterworfen wird, nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, um jede Erschwerung seines Berufsweges zu beiseite zu räumen.“

Wie sieht nun in Wirklichkeit die Ehrenpflichtenerfüllung aus, die von der Nazi-Diktatur gegenüber den Wehrpflichtigen geübt werden soll, die zweieinhalb Jahre aus ihrer Berufstätigkeit ausscheiden müssen? Eine Verordnung vom 25. November 1935 behandelt das Arbeitsrecht der zu Wehrübungen Einberufenen, eine zweite Verordnung vom 28. März 1936 die Rechtsfolgen der zum aktiven Dienst eingezogenen Soldaten und Arbeitsdienstmänner auf das Arbeitsverhältnis. Beide Verordnungen versagen dem Wehrpflichtigen jedes soziale Recht, jeden gesetzmässigen Anspruch an seinen Arbeitgeber.

Die soziale Wehrlosigkeit der Wehrpflichtigen beginnt mit dem „frohen Tag der Musterung“. Die an die Stelle der zerrissenen Tarifverträge getretenen Tarifordnungen enthalten sämtlich eine Klausel, wonach nur die tatsächlich geleistete Arbeit bezahlt wird. Die Unternehmer lehnen daher eine Entlohnung für den Musterungstag ab. Soweit einzelne Arbeiter den Rechtsweg beschritten haben, mussten sie sich auf den Paragraphen 616 des aus der Systemzeit noch nicht aufgehobenen BGB stützen. Danach besteht für den Arbeitnehmer ein Lohnanspruch, dessen er nicht verlustig geht, wenn er durch einen nicht in seiner Person liegenden Grund für eine nicht erhebliche Zeit an der Verrichtung der Dienstleistungen verhindert wird. Von einer rechtlichen Verpflichtung zur Lohnfortzahlung ist nach der Verordnung keine Rede.

Die zweite Verordnung bestimmt ausdrücklich, dass mit dem Empfang des Gestellungsbefehles das Arbeitsverhältnis *ohne Kündigung* automatisch erlischt. Das Reichsarbeitsgericht hat am 20. Oktober 1937 entschieden, dass das Arbeitsverhältnis des Gestellungspflichtigen sogar dann am Gestellungstage endet, wenn der Wehrpflichtige infolge Krankheit sich gar nicht stellen konnte. Der erkrankte Arbeiter ist so noch nicht einmal in seinem Verhältnis gesichert, bis er sich wirklich zur Truppe oder zum Arbeitsdienst stellen kann.

Das Gesetz bestimmt ferner ausdrücklich, dass der Unternehmer gegenüber dem Dienstpflichtigen in *keinem Falle eine Rechtspflicht* übernimmt, ihn nach Ablauf von 2 1/2 Jahren Wehr- oder Arbeitsdienst wieder einzustellen. Der Dank des Vaterlandes wird im Kommentar zur Verordnung lediglich als eine moralische Verpflichtung des Unternehmers erklärt. Es wäre unwürdig, diese Ehrenpflicht gegenüber Volk und Vaterland in Gesetzesparaphrasen zu gießen.

Da kein Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung im früheren Betrieb besteht, so sind auch die Zusicherungen auf Anrechnung der Dienstzeit höchst zweifelhafter Natur. Der entlassene Soldat soll bei Wiedereingliederung in den Wirtschaftsprozess denen gegenüber nicht im Nachteil sein, die aus weichen Gründen immer ihrer Dienstpflicht nicht genügen konnten. Die Dauer der Dienstzeit im Arbeitsdienst oder im Heere soll ungekürzt auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit angerechnet werden. Bei der Inhaltslosigkeit der Tarifordnungen hinsichtlich der Löhne hat die Bestimmung an sich keine allzu grosse Bedeutung, denn der sogenannte Leistungslohn steht mit der Betriebszugehörigkeit in keiner Beziehung. Die Verordnung bestimmt darüber hinaus, dass eine Anrechnung der militärischen Dienstzeit nur dann in Frage kommt, wenn die Wiederaufnahme der Arbeit unmittelbar an die Dienstzeit an-

schliesst. „Zwischen Wehrdienst und Wiederaufnahme der Berufsarbeit darf also nicht etwa eine längere Spanne Zeit liegen.“

Es liegt also ganz im Belieben des Unternehmers, durch eine spätere Wiederaufnahme des Arbeiters diesen um sein sogenanntes Recht zu bringen. Soweit es sich um den Erwerb des Urlaubsanspruches handelt, wird die militärische Dienstzeit überhaupt nicht angerechnet. Und zwar, wie es in der Begründung wörtlich heisst:

„weil man vermeiden wollte, dass jemand Urlaubsansprüche stellt, bevor er überhaupt auch nur eine einzige Stunde in dem Betrieb gearbeitet hat.“

Das schreibt ein Regime zu einem Gesetz, von dem es gleichzeitig behauptet: „zu allen Zeiten ist es schönstes Recht und vornehmste Pflicht des freien deutschen Mannes gewesen, dem Vaterland mit der Waffe in der Hand zu dienen.“ Für den Unternehmer ist es schönste patriotische Pflicht, dem Wehrpflichtigen die Dienstzeit fürs Vaterland am Urlaubsanspruch zu kürzen.

Für die Lehrlinge ist eine „Sonderregelung“ getroffen. Die militärische Dienstzeit wird auf die Lehrzeit, die bekanntlich im Dritten Reich sehr reichlich bemessen ist, in keiner Weise angerechnet. Die Lehrlingszuchterei gewisser Grossbetriebe darf durch den Dienst am Vaterland keinerlei Beschränkung erfahren. Völlig rechtlos bleiben auch diejenigen, die nach der Einberufung als dienstuntauglich befunden werden. Ihr Dienstverhältnis ist erloschen und damit basta. All diese Bestimmungen brauchen zwar nicht zu verhindern, dass ein Unternehmer den Einberufenen wieder beschäftigt, aber seine bisherigen Arbeitsbedingungen sind aufgehoben, die weiteren diktiert der Betriebsführer.

Selbst die in öffentlichen Diensten beschäftigten Angestellten und Arbeiter haben kein Recht auf Wiederbeschäftigung in ihrer früheren Dienststelle, sie „können nach Möglichkeit“ wieder übernommen werden. So formuliert die neudeutsche Kriegswirtschaft, die gewohnt ist, diktatorisch zu bestimmen, die Gesetze, wenn es sich um die Arbeiter handelt. Kann- und

Protest gegen die Ernährungspolitik

Die Nationalsozialisten kommen aus den Schwierigkeiten in der Ernährungsversorgung infolge ihrer Kriegswirtschaftspolitik nicht heraus. Mit Reklame nach amerikanischem Vorbild und mit dem nötigen Druck auf die Händler und Verbraucher versuchen sie eine „Verbrauchslenkung“ zu erzwingen. Die Konsumenten sollen soweit gebracht werden, dass sie jehe Lebensmittel, die ihnen die nationalsozialistische Ernährungswirtschaft nicht in genügender Menge zur Verfügung stellen kann, einfach nicht mehr verlangen. Sie sollen dafür zu anderen Nahrungsmitteln übergehen, die ihnen der deutsche Boden in ausreichenden Quanten bieten kann.

Statt Fleisch, das z. B. in den verschiedenen Sorten und Qualitäten schon seit Jahren nicht in den der Nachfrage entsprechenden Mengen geliefert werden kann, sollen sie Fisch essen. Im Rahmen des Vierjahresplanes soll der Fischverbrauch von 12 auf 20 Kilogramm pro Kopf im Jahr gesteigert werden. Seit nahezu zwei Jahren wird das deutsche Volk auf die „vaterländische Pflicht“ des Fischessens hingewiesen — ein Staatsfeind, wer nicht wenigstens zwei Kilogramm Fisch im Jahre mehr isst, als bisher!

Aber das Volk stellt sich auf diesem Gebiete nicht einfach auf Befehl um. Es setzt vielmehr der offiziellen Ernährungspolitik seinen Widerstand entgegen. Aus einem Artikel des Vorsitzenden der Hauptvereinerung der deutschen Fischwirtschaft, Dr. Böllert, erfährt man:

„Der Kopfverbrauch an Seefisch müsste alljährlich um 2 kg steigen, wenn rechtzeitig das Verbrauchssoll von 20 kg erreicht werden soll. Eine solche Steigerung hat bereits vor dem Vierjahresplan von 1935 zu 1936 stattgefunden. Die jetzt abgeschlossene Statistik für 1937 hat aber zu der auch den Fachmann in mancher Hinsicht überraschenden Feststellung geführt, dass sich die Verbrauchszunahme nur auf einhalb Kilogramm beläuft, obwohl 35 neue, mit allen modernen Hilfsmitteln versehene grosse Fischdampfer und vier neue Heringslogger in Dienst gestellt worden sind. Gewiss, die deutsche Seefischerzeugung ist von 6 Mill. dz. auf 6,8 Mill. dz. gestiegen. Doch nicht einmal diese allzu grosse Mehrerzeugung konnte einmal glatt abgesetzt werden. Während 1936 nur 242 000 dz in die Fischmehlfabriken gingen, stieg der Abgang 1937 auf 460 000 dz. Diese Mengen gingen zwar der Volksernährung nicht verloren. Im Gegenteil, sie trugen als Futtermittel mit dazu bei, die deutsche Fleischversorgung

Kautschukbestimmungen sind der Inhalt des Arbeitsrechtes der Wehrpflichtigen.

Die erste Verordnung entbindet den Unternehmer bei Einberufung seines Angestellten oder Arbeiters zur Uebung im Heer ausdrücklich von der Verpflichtung zur Fortzahlung des Lohnes. Der Kommentator überschüttet diese zum zeitweisen Heeresdienst Einberufenen noch mit dem ganzen Hohn der Nazi-Terminologie, indem er sagt:

„Aus dem das neue deutsche Arbeitsrecht beherrschenden Gedanken der Treue, aus der Fürsorgepflicht des Unternehmers gegenüber seiner Gefolgschaft, aus der Schicksalsgemeinschaft, in der Führung und Gefolgschaft stehen, ergibt sich aber für den Betriebsführer die Ehrenpflicht zur Lohn- und Gehaltsfortzahlung.“

So wird jede Rechtlosigkeit des deutschen Arbeiters mit der moralischen Ehrenpflicht des kapitalistischen Betriebsführers beschönigt. Dagegen ist wiederum durch Gesetz das Recht des Unternehmers auf Urlaubskürzung ausdrücklich festgelegt. Es gibt für den Unternehmer Ehrenpflichten, aber seine Rechte gegen den Arbeiter sind Gesetz.

So „sorgt“ der nationalsozialistische Staat für die wirtschaftliche und berufliche Sicherstellung seiner Soldaten. Die Nazis, die es lieben, Rückblicke zu geben, hätten Gelegenheit, einmal die Demobilisierungsbestimmungen vom 15. November 1918 nachzuschlagen. Damals gab es in Deutschland keine Wehrpflicht mehr, aber ein kollektives Abkommen der Gewerkschaften und Unternehmerverbände, das vom Rat der Volksbeauftragten mit Gesetzeskraft verkündet worden war, bestimmte:

„Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten...“

Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Angestellten sind durch Kollektivvereinbarungen mit den Gewerkschaften festzusetzen.“

Wann ist jemals für den Arbeiter mehr gesorgt worden?

zu fördern. Aber sie zeigen andererseits doch, dass der Einsatz des Fisches für die unmittelbar menschliche Ernährung doch nicht so erfolgte, wie man es wünschen muss...“

Das ist allerdings eine grosse Pleite der deutschen Fischwirtschaft, die mit einem Millonenaufwand aufgepulvert worden ist. Da gelingt es, mit 35 neuen Fischdampfern und vier neuen Heringsloggern die Seefischerzeugung gegenüber dem Vorjahre um 16 Prozent zu steigern und dann muss ein bedeutender Teil von diesem verhältnismässig geringen Zuwachs als Abfall in die Fischmehlfabriken gegeben werden, weil sich das Volk weigert, plötzlich zwei Kilogramm Fisch pro Kopf im Jahre mehr zu essen!

Es wird dem Regime wahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, als mit den erprobten Methoden seines Gestapo-Terrors auch die Gleichschaltung des Kochtopfes auf die Bedürfnisse seiner Kriegswirtschaftspolitik zu erzwingen.

Schwerverdiener

Wie haben die Nationalsozialisten vor 1933 in ihren Volksversammlungen über die hohen Gehälter und über die Gewinne der Kapitalisten gewettert! Das hat sie freilich schon zu jener Zeit nicht daran gehindert, die hohen Beamten Anschluss an die NSDAP finden zu lassen und mit den Bank- und Schwerekapitalisten die Vorbereitungen für die Aufrichtung ihrer Diktatur zu treffen.

Zum Dank dafür hat die Hitlerregierung den Kapitalisten nicht nur die Profitchancen erhöht, sondern sie hat auch für riesige Profitsteigerungen Sorge getragen. Und selbst die höchsten Gehälter der oberen Beamten genügen den nationalsozialistischen Stellenjägern nicht. Sie mussten erhöht werden. Die von ihnen einst propagierte Forderung des Höchstgehalts von 1000 Mark monatlich ist längst zu dem Haufen anderer nicht mehr brauchbarer Forderungen und nicht erfüllter Versprechungen geworden!

Dafür wächst die Zahl der nationalsozialistischen Schwerverdiener von Tag zu Tag und auch der Betrag, den sie sich in Form mehrfacher Gehälter auszahlen lassen, steigt immer höher. Zu der Clique der Schwerstverdiener gehören neben dem Parteivorsitzenden, Göring, Goebbels, Ley und vielen anderen auch der Prof. Dr. Lürz. Dieser Professor bezieht Gehalt bzw. bekommt laufende hohe Vergütungen als: Präsident der Industrie- und Handelskam-

mer in Frankfurt a. M., Mitglied der Reichswirtschaftskammer, Mitglied des Untersuchungsausschusses für das Bankwesen, Leiter der Reichsgruppe Handel, Professor der Frankfurter Wolfgang Goethe-Universität, Aufsichtsratsmitglied der Adam Opel A.-G. und der Deutschen Gold- und Silberscheidanstalt und als Mitglied des „Reichstages“. Vom 1. April ab wird er ausserdem in den Vorstand der Dresdner Bank berufen.

Natürlich kann der Professor in allen diesen Stellungen unmöglich die erforderlich vollwertige sachliche Arbeit leisten. Aber im Dritten Reich kommt es darauf nicht an. Die Hauptsache ist, dass sich die schamlosesten Kämpfer für die Hakenkreuz-Korruption gründlich bereichern können.

Kartoffeln und Hering

Die Nationalsozialistische Korrespondenz bringt alle Wochen in milden Worten dringende Ratschläge über zeitgemässe Ernährung. Hören wir die neuesten:

„Einen Anteil zur Aufbesserung unserer Ernährung, die jetzt zur Frühjahrszeit besonders wichtig ist, hat die Kartoffel, denn der Vitamingehalt der Mahlzeiten ist durch das tägliche Kartoffelessen wesentlich verstärkt. Wir könnten uns schon gar nicht mehr vorstellen, wie wir ohne sie auskommen sollten! Zum Beispiel der Salzhering. Seine Billigkeit lässt ihn leider zu oft ungenügend bewerten. Sein ausserordentlich hoher Nährwert wird viel zu wenig berücksichtigt, so dass er noch mehr zum Volksnahrungsmittel werden sollte.“

Kartoffeln und Hering, im Volke seit je herüchtigt als Hauptgericht der Aermsten und der Not, wird im erneuerten Deutschland demnächst auch in der Lyrik angesungen zu werden. Das Volk lebt drüben wie im dritten Jahr des Weltkrieges, immer werden Ernährungsünden entdeckt. In der „Sozialen Praxis“ schreibt einer über die „Verbrauchslenkung durch die NSV“. Grösser noch als die wirtschaftlichen Aufgaben seien die erzieherischen:

„Die deutschen Hausfrauen müssten ihren Verbrauch auf deutsche Erzeugnisse umstellen und lernen, mit den neuen Rohstoffen sachgemäss umzugehen. Zur Hebung der Volksgesundheit müsse der unnatürlich gestiegene Fett- und Fleischverbrauch, auf den die ungeheure Verbreitung der Zahnkaries und zahlreiche Stoffwechselkrankheiten zurückgingen, eingeschränkt werden.“

Wo immer Hasardeure ein Volk in den Hunger führten, ist immer der unnatürliche Fettverbrauch schuld gewesen. Fehlt nur noch die Parole: Kanonen sind besser als Zahnkaries.

An die Bezieher des Neuen Vorwärts!

Wir bitten, Zahlungen nach Paris zu leiten auf Postscheck-Konto Neuer Vorwärts Paris 885.04

Bezugspreise

Der «Neue Vorwärts» kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise fuer das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), C. S. R. Kc 1.40 (18.—), Dänzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei. 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.60 (1.—).

Einzahlungen koennen erfolgen: Paris Credit Commercial de France, N° 529111 Tschechoslowakei: Zeitschrift «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Warschau 194.797 Schweiz: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Zürich Nr VIII 14.697. Rumänien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto «Neuer Vorwärts», Bulcaroni Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto «Neuer Vorwärts» Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto «Neuer Vorwärts», Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.